

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:  
J. D. U. G. v. R.  
Fernsprecher: Amt Döhseff 4106/4108



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckerschrift: Cepedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen  
vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für alle Zahlungen: Berlin.

Berlin, den 3. Okt. 1932.

Int. Institut Grossjugoslawien oder Grossserbien?  
Soz. Geschlechts  
Amsterdam

Von Hermann Wendel.

SPD. Hinter den Stirnen, die in Südosteuropa der Zukunft zugekehrt waren, lebte seit je der Gedanke, dass alle Südslawen in eine staatliche Gemeinschaft gehören; die Notwendigkeit ihres Zusammenschlusses war historisch so begründet wie die deutsche oder die italienische Einigung. Der Begriff Südslawen aber umfasst nicht nur Serben, Kroaten und Slowenen, sondern auch die Bulgaren. Schien zu Zeiten die Möglichkeit der Errichtung eines gemeinsamen serbisch-bulgarischen Staates nahegerückt, so hetzte die eigensüchtige Politik der Grossmächte Serben und Bulgaren immer aufs Neue widereinander. Der Balkanbund von 1912 war eine flüchtige Episode, der zwei bis zum Weissbluten geführte serbisch-bulgarische Kriege, 1913 und 1915 bis 1918, folgten. Der Ausgang des Weltkriegs schien zwischen Belgrad und Sofia erst recht einen unüberbrückbaren Abgrund zurückzulassen. Aber wenn in den Kriegsjahren "rassischer" Hochmut den Unsinn ausheckte, die Bulgaren hätten als "Hunnen" mit den übrigen Slawen nichts zu schaffen, betonte die grosse Bauernpartei in den ersten Elends- und Hungerjahren nach Friedensschluss, die Bulgaren müssten sich auf Gedeih und Verderb mit den übrigen südslawischen Stämmen verbinden; ihres Führers Stambuljiski Losung hiess: "Ich bin weder Serbe noch Bulgare, ich bin zunächst Südslawe!" Nur verstand in Belgrad die misstrauische und zurückhaltende Politik Paschitsch die Stunde nicht zu nutzen, und als im Juni 1923 ein reaktionär-chauvinistischer Staatstreik die Bauernpartei niederschlug und Stambuljiski meuchelte, schien auch die Idee eines Zusammenschlusses von Jugoslawien und Bulgarien für lange verschüttet.

Nur in der Jugend glühte der Funke weiter: es gibt eine akademische "Liga zur Annäherung und Einigung aller Südslawen", die in vierzehn Universitätsstädten meist Deutschlands, Frankreichs, der Schweiz und der Tschechoslowakei serbische, kroatische, slowenische und bulgarische Studenten zu Mitgliedern zählt und deren erster Kongress in Prag 1930 von einem Bulgaren, dem sehr ruhigen Dr. Handschiew, geleitet wurde; das Wirken dieser Organisation fusst auf der Erkenntnis, "dass der nationale Zusammenschluss der Südslawen in eine kulturelle, wirtschaftliche und staatliche Einheit eine kulturelle, wirtschaftliche und politische Notwendigkeit ist". Aber sieh da! Plötzlich zündete der Gedanke auch in anderen Kreisen als der Hochschuljugend. In einer Artikelserie der "Philosophischen Rundschau" trat unlängst der angesehene Sofioter Professor Mihaltschew mit Wärme und Ueberzeugungskraft für die Bildung eines jugoslawischen Föderativstaates mit Einbeziehung Bulgariens ein; in gleicher Richtung: ein Grossjugoslawien vom Pontus zur Adria, von der Donau bis zur Aegaeis stiess ein bekannter Publizist, Nikola Antonow, vor, der noch wenige Monate vorher sich nicht besonders jugoslawienfreundlich geäußert hatte. Beider kühnes Vorgehen schlug wie eine Bombe ein; in Für und Wider erhitzte sich die öffentliche Meinung über der Frage des Zusammenschlusses von Belgrad und Sofia.

Allerdings liegt Makedonien als Stein des Anstosses auf dem Weg zur Einigung. In Belgrad heisst's: Ehe die Bulgaren nicht in aller Form auf Makedonien verzichten und ihre makedonischen Insurrektionskomitees zurückklopfen, keine Annäherung! Aus Sofia schallt die Antwort: Ehe die Serben nicht das Bulgarentum der Makedonier zugestehen und ihnen bulgarischen Unterricht und Gottesdienst einräumen, keine Annäherung! Aber gerade Makedonien heisst gebieterisch die Einigung, denn eine vollgültige Lösung des Problems ist nur im Rahmen der grossjugoslawischen Einheit möglich. Nie werden sich Belgrad und Sofia einig sein, ob die Makedoslawen Serben oder Bulgaren sind, aber dass sie Südslawen sind, unterliegt keinem Zweifel. An diese Tatsache anknüpfend, hat der Führer der jugoslawischen Sozialdemokratie, Dr. Topalowitsch, in eine für den Balkanbund die Trommel rührenden Schrift einleuchtend dargetan, dass es für einen Staat Grossjugoslawien ganz gleich sein kann, ob sich die Makedoslawen zu national bewussten Serben, national bewussten Bulgaren oder zu national bewussten Jugoslawen entwickeln, da nach Wegfall der Grenzen zwischen Belgrad und Sofia "die nationale Zugehörigkeit der Makedoslawen keinerlei Einfluss auf Stärke und Sicherheit des Staates mehr hat"; er sieht dann kein Hindernis mehr dafür, dass die bulgarische Kultur ihre Werbekraft in Makedonien entfaltet. Wenn für Topalowitsch der staatliche Zusammenschluss aller südslawischen Stämme nicht nur das sicherste Bollwerk gegen die Einmischung einer Grossmacht in die balkanischen Angelegenheiten, sondern auch eine notwendige Vorbedingung für Balkanbund und Paneuropa ist, begeistert sich in unserem Sozialer Parteiblatt "Narod" der bulgarische Genosse Sotir Janew gerade nicht für Grossjugoslawien, das ihm utopischer und friedensgefährdender erscheint als ein dauerhaftes Bündnis aller Balkanstaaten.

Wie dem auch sein mag, ins Schwarze trifft Janew, wenn er dargetut, dass die bulgarische Öffentlichkeit sich die Idee des "integralen Jugoslawien" nur ausserordentlich langsam aneignen werde, wenn etwa das Jugoslawien von heute als Muster für das integrale Jugoslawien von morgen seine Anziehungskraft bewahren solle. In der Tat ist die schlecht verlarbte Diktatur der Belgrader Machthaber ebenso ein Hemmnis für die Verschmelzung von Serben, Kroaten und Slowenen im jugoslawischen Staatsgedanken wie für die Annäherung der Bulgaren an den jugoslawischen Staat; der Despotismus lockt nirgends einen Hund hinter dem Ofen hervor. Einer jener Serben, die sich das erträumte Grossjugoslawien nicht als ein erweitertes Grossserbien vorstellen, sondern der Lösung der Einigung mit den Bulgaren ohne imperialistische Nebengedanken anhängen, ist der Belgrader Universitätsprofessor Dr. Dragoljub Jowanowitsch, nicht nur eine Leuchte der Wissenschaft, sondern auch ein kühner und scharfer politischer Denker und als Ideologe des linken Flügels der serbischen Bauernpartei Anhänger einer echten, sozial betonten Demokratie. Dass sich dieser entschiedene und weitschauende Geist, der durch die Reinheit seiner Gesinnung auch widerstrebenden Bulgaren den Gedanken des Zusammenschlusses beider Länder mündgerecht zu machen wüsste, nach viermonatiger Haft am 19. September mit zwölf Gefährten wegen "Vergehens gegen das Staatsschutzgesetz" vor dem Ausnahmegericht verantworten muss, beweist am bündigsten, wie wenig von denen, die heute - wie lange noch? - in Belgrad das Heft in Händen haben, ein Schritt auf dem Wege zur wahren jugoslawischen Einheit zu erwarten ist. Einschlagen, mit Aussicht auf Erfolg einschlagen kann diesen Weg nur die Demokratie, die in Jugoslawien roh geknebelt und auch in Bulgarien erst eine Zukunftshoffnung ist.

-----

SPD. Der Friedensschluss zwischen Stahlhelm und Hindenburg ist besiegelt. Selate und Duesterberg sind zur Gratulation von Hindenburg empfangen worden.

-----

SPD. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.), hat nunmehr den Ausschuss für Dienstag, den 11. d. Mts., zu einer Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht der "Bericht über die Lausanner Verhandlungen".

Vor der Ansetzung des Termins für die Tagung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags hat zwischen dem Ausschussvorsitzenden Dr. Frick und dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath ein Briefwechsel stattgefunden.

Dr. Frick hat am 29. September folgendes Schreiben an den Minister gerichtet: Sehr geehrter Herr Minister! Verschiedene Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben die Einberufung des Ausschusses beantragt. Ich könnte mir vorstellen, dass die Reichsregierung selbst im Hinblick auf die schwierige aussenpolitische Lage des Reiches Wert darauf legt, mit dem Auswärtigen Ausschuss in Fühlung zu treten, um womöglich eine Stütze für ihre Politik zu finden. Ich beabsichtige daher, den Ausschuss auf Dienstag, den 11. Oktober 1932, vormittags 11 Uhr einzuberufen mit der Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung in Lausanne, über die Abrüstungsfrage und über die Völkerbundstagung und bitte um Mitteilung, ob der Herr Reichsaussenminister bereit ist, in dieser Sitzung des Ausschusses zu erscheinen. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Frick.

Der Reichsaussenminister hat darauf am 1. Oktober folgende Antwort erteilt: Sehr geehrter Herr Dr. Frick! Mit bestem Dank bestätige ich den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom 29. v. Mts. Den Nutzen eines politischen Gedankenaustausches zwischen der Reichsregierung und dem Auswärtigen Ausschuss will ich keineswegs in Abrede stellen. Zu meinem Bedauern bin ich jedoch nicht in der Lage, vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, solange nicht die Ihnen bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist. Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergebenst darauf hinweisen, dass die Völkerbundsversammlung voraussichtlich am 11. Oktober noch nicht abgeschlossen ist, sodass - vorausgesetzt, dass die prinzipielle Frage geregelt wird - die Hinausschiebung des Termins zu empfehlen wäre. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. v. Neurath.

SPD. Während Freiherr von Lersner im Auftrage des Kabinetts der Barone in Sachen Reichsreform in den Ländern umherreist, hat das Reichsinnenministerium mit den Vorarbeiten zu einer Verfassungs- und Reichsreform begonnen. Es soll sich dabei vor allem um reaktionäre Wahlreformpläne und um den Ausbau des Reichsrats zu einem Oberhaus handeln. Trotz der Reisen des Herrn von Lersner stösst das Kabinett der Barone bei den Ländern auf wenig Gegenliebe. Wie stark die Gegensätze sind, hat eine Rede gezeigt, die der dem Zentrum angehörende badische Staatspräsident Schmitt auf dem Landesparteitag des Zentrums in Offenburg gehalten hat. Schmitt erklärte, dass die Länder sich ihre Rechte nicht nehmen lassen würden und dass der Gedanke der Ersetzung des Reichsrats durch ein Oberhaus der bundesstaatlichen Konstruktion des Reiches widersprechen würde. Diese deutliche Erklärung scheint den Erwartungen derer um Papen nicht entsprochen zu haben, denn unmittelbar nach dieser Rede wurde aus den Kreisen um die Reichsregierung gegen Schmitt in höchst massiven und beleidigenden Tönen polemisiert. Die Herren Barone werden bei ihren Absichten noch weitere Unfälle erleben und die sogenannte Verfassungsreform, die sie vorbereiten lassen, wird für immer auf dem Papiere bleiben!

SPD. Am 2. Oktober tagten in Berlin unter dem Vorsitz Bruno Kalnins (Left Land) die Vertreter der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus. Es nahmen daran teil: für Belgien: Vanderveken und Vandersmissen, für Deutschland: Höltermann und Ferl, für Österreich: Löw und Eifler, für die

Tschechoslowakei (Aussig): Ullmann. Vertreten war auch der I.G.B. durch Stolz und die Arbeitersportinternationale durch Wildung und Bühren.

Die Konferenz nahm die Berichte der Ländervertreter über die Lage in ihren Ländern zur Kenntnis. Die Delegierten tauschten die Erfahrungen aus, die die Abwehrorganisationen im Kampfe gegen den Faschismus gemacht hatten. Die Konferenz fasste ihre Ansicht über die Lage und die fernere Tätigkeit in einer Entschliessung zusammen und beschloss, das Dreipfeil-Symbol als internationale Kampfabzeichen gegen den Faschismus sowie den Freiheitsgruss allgemein einzuführen.

-----

SPD. Brachts Sittlichkeitserlasse werden jetzt ergänzt durch die in der Preuss. Gesetzsammlung als Nr. 56 stehende Polizeiverordnung:

§ 1. Der § 1 der Badepolizeiverordnung vom 18. August 1932 (Gesetzsamml. S. 280) erhält folgende Fassung: 1. Das öffentliche Nacktbaden ist untersagt. 2. Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt sowie mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. Der Rückenausschnitt des Badeanzuges darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen. 3. Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. In sogenannten Familienbädern haben Männer einen Badeanzug zu tragen. 4. Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht für das Baden in Badeanstalten, in denen Männer und Frauen getrennt baden. 5. Die Vorschriften des Abs. 2 gelten entsprechend für den Strandanzug der Frauen.

§ 2. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. November 1932 in Kraft.

Da fehlt nun noch, dass überall Bilder angeschlagen werde, wie ein vor-schriftsmässiger Badeanzug auszusehen hat! Wir vermissen weiter eine Angabe, wie lang die angeschnittenen Beine sein müssen. Schade, dass es schon so spät im Jahre ist! Der grosse Maskenball von 1890 an den Badestellen wird also erst im nächsten Jahre stattfinden - wenn Herr Bracht dann nicht samt seinen Erlassen verschwunden ist.

-----

SPD. In den nationalsozialistischen Organisationen machen sich tiefe Unzufriedenheit und Zersetzungerscheinungen geltend. In der Stettiner Organisation hat die Frage der Sammlung zu einer Rebellion geführt. Unter dem Vorwand der Sammlung für die SA-Heime haben beauftragte und nichtbeauftragte Sammler der Nationalsozialisten in Pommern ausser Geld grosse Mengen von Lebensmitteln, Brot, Getreide, Kartoffeln, Speck, Schmalz, Eier, Hülsenfrüchte, Fleisch und sonstige Naturalien von den Grundbesitzern erhalten. Das Sammeln wurde schliesslich zur Haupttätigkeit der SA-Leute. Ein SA-Sturmführer als der zuständige Fürsorgereferent der Nazi verwaltete die Sammlungsergebnisse. Mit den gesammelten Liebesgaben sind schwunghafte Geschäfte getrieben worden. Kartoffeln, die angeblich für SA-Leute bestimmt waren, wurden an Restaurants verkauft, gesammelte Getreidemengen an Futtermittelhändler. Der Gauleiter von Pommern hat schliesslich der Untergruppe Pommern-West die Vornahme solcher Sammlungen verboten. Die Verwaltung der gesammelten Liebesgaben wurde der SA abgenommen und der Nazi-Frauenschaft übertragen. Deswegen gab es bei der SA in Westpommern eine regelrechte Revolte. Man drohte mit der Besetzung des Gaubüros, mit der Wegnahme des Autos des Gauleiters - ein Kompressor-Wagen, der 27 000 Mark gekostet hat. Die Gauleitung ihrerseits schloss SA-Heime, um die Rebellion totzutreten. Nun wirft man sich gegenseitig die Beschuldigung der Korruption und der Unterschleife an den Kopf.

In der Hannoverschen Nazipartei hat sich eine ziemlich scharfe Opposi-

tion gebildet, die gegen Vetternwirtschaft und gegen das Treiben gewisser Führercliquen angeht. Sie lässt in der Hannoverschen SA geheime Rundschreiben zirkulieren, in denen die Behauptung aufgestellt wird, dass die Parteigelder zum Teil unterschlagen worden seien. Der Untersuchungsausschuss, in Nazi-Kreisen Vertuschungsausschuss genannt, ist in Bewegung gesetzt worden.

In Bremervörde hat am vergangenen Freitag in einer nationalsozialistisch Versammlung ein Teil der Nazi unter Führung eines gewissen Dr. von Heyman stürmisch Bereinigung des Falles Röhm gefordert. Heyman verlangte, dass "das Geschwür Röhm" entfernt werde. Die Antwort darauf war, dass Heyman und die Seinen aus dem Saal gedrängt wurden und dass Heyman ausgeschlossen wurde. Am Sonntag haben die Ausgeschlossenen eine eigene Versammlung veranstaltet, in der der ausgeschlossene Heyman über den Fall Röhm sprach. In dieser Versammlung behauptete übrigens ein Redner der schwarzen Front namens Gruschwitz, dass sich die Unterhaltung zwischen Hindenburg und Hitler am 13. August folgendermassen abgespielt habe:

Hindenburg fragte: "Sagen Sie 'mal, wollen Sie nun eintreten oder nicht?" Hitler versuchte nun eine längere Erklärung abzugeben, aber im zweiten Satz schnitt ihm Hindenburg mit den Worten die Rede ab: "Na, denn nicht!" Hitler war so betroffen, dass er wortlos zur Tür wandte. Kurz bevor er sie erreichte rief ihm Hindenburg noch zu: "Herr Hitler, das Eine sage ich Ihnen aber: machen Sie keine Dummheiten, sonst können Sie 'was erleben!"

Von dieser Darstellung behauptete Gruschwitz, dass sie beschworen werden könne. Er habe sie von Major Buchrucker, der sie von einem Offizier aus Schleichers Umgebung bekommen habe.

-----

SPD. Breslau, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auch in Schlesien kracht der Naziladen in allen Fugen. In den grösseren Ortsgruppen beginnt sich eine kräftige Opposition herauszubilden. Hier und dort ist die innere Zersplitterung der NSDAP bereits soweit gediehen, dass die mit der Bonzokratie in der Hakenkreuzpartei Unzufriedenen einen eigenen Vertrauensmännerkörper aufziehen. Näheren Aufschluss über diese Entwicklung gibt nachstehendes Rundschreiben, das ein günstiger Wind dieser Tage der "Schlesischen Bergwacht", dem sozialdemokratischen Blatt in Waldenburg auf den Redaktionstisch wehte:

Breslau, den 20. September 1932. Werte Pg. und Pg.s! Jetzt zeigt sich auf der ganzen Linie, wie berechtigt die Warnungsrufe der Opposition in der NSDAP gewesen sind. Aber systematisch und brutal wurden wir mundtot gemacht. Wer wagt es heute noch, unsere rechtzeitig angewandte Kritik als unberechtigt, oder, wie man immer so schön sagte, als Stänkerei zu bezeichnen. Werte Pg. und Pg.s! Was haben die verbonzten Führer aus unserer herrlichen Bewegung gemacht! Wir stehen schon wieder einmal vor Neuwahlen; es steht jetzt schon fest, dass diese Wahlen für uns eine zerschmetternde Niederlage bringen werden. Wir haben in der Vergangenheit viele hundert Mark für unsere Bewegung gesammelt, auch viele Lebensmittel für unsere SA. Wenn wir jetzt sammeln gehen, fertigt man uns kurz ab. Viele sagen: Die NSDAP hat auch bloss viel versprochen, aber nichts gehalten! Das Schlimme dabei ist, dass die Leute leider recht haben. Wie sind wir doch schmachvoll belogen worden. Fortgesetzt versprach man die Machrergreifung, zum Warren hielt man uns. Unserem Führer Hitler wurde nach der letzten Wahl ein grosses Mass Macht angeboten; er konnte im Reich Vizekanzler und zugleich preussischer Ministerpräsident werden. Warum nahm er denn nicht an? Von dieser Position aus konnten wir weiterkämpfen, und wir konnten viel von unseren Versprechungen erfüllen. Hitler aber lehnte stolz ab. Das kommt davon, wenn man sich fortgesetzt in den Kreisen der Besitzenden bewegt und im "Kaiserhof" in Berlin schwelgt, dann hat man allerdings kein Gefühl mehr für das arme Volk. Aber welches Affentheater spielte sich

Wenn dann noch ab. Hitler lehnte stolz den angebotenen Teil der Macht ab, er wollte die ganze Macht haben. Dann aber verhandelte man wochenlang mit den Jesuiten vom Zentrum über eine Regierungsbildung. Sind denn unsere Führer überhaupt noch ernst zu nehmende Politiker? Erst lehnt man ab, dann verhandelt man wochenlang mit dem verräterischen Zentrum. Glaubte man vielleicht dadurch die ganze Macht zu erhalten! Freilich, Hitler, Goebbels, Strasser und all die anderen sind reich geworden in der Zeit, wo wir immer ärmer wurden. Es ist gar nicht schwer, zu prophezeien, wie diese Wahl für uns ausfallen wird. Ueberall hört man Verwünschungen oder Spott gegen uns. Die feinen Leute aus unsere Partei und all die Spiessbürger laufen totsicher zu der Papen-Partei. Viele Proleten werden zu den Kommunisten laufen. Was fangen aber wir jungen Leute an und alle jene, welche es ehrlich mit dem Sozialismus meinen. Wir können doch nicht zu den von Moskau bezahlten Kommunisten laufen, wir wollen doch, dass deutsche Politik gemacht wird. An dieser Verwirrung sind nur unsere Führer schuld, für die hat sich der Sozialismus erfüllt, wenn sie hohe Gehälter und möglichst noch Diäten erhielten. Aber es kommt die Stunde, wo wir auch mit ihnen abrechnen werden. Mit deutschem Gruss Opp. d. NSDAP.

---

SPD. Da der Verhandlungstermin in dem Verfassungsstreit zwischen Preusse und dem Reich vor dem Staatsgerichtshof nun auf den 10. Oktober festgesetzt ist, dürfte der Reichsrat innerhalb der wenigen Tage bis zu diesem Termin nicht mehr zusammentreten. Man ist wohl an zuständiger Stelle der Ansicht, dass es keinen Sinn hätte, die Streitfrage über die preussische Vertretungsbefugnis im Reichsrat so kurz vor der Verhandlung des Staatsgerichtshofs nochmals akut werden zu lassen. Dagegen dürfte nach erfolgter Entscheidung des Staatsgerichtshofs der Reichsrat seine Beratungen mit aller Beschleunigung wiederaufnehmen.

---

SPD. Der "Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie" hat an die Leitungen aller Parteien ein Schreiben gerichtet, worin mit Recht über die schlimme Lage der kinderreichen Familien geklagt wird. Der Reichsbund sagt: "Obwohl diese Familien durch den Unterhalt, die Erziehung und Ausbildung des für die Bestandserhaltung von Volk und Staat unentbehrlichen Nachwuchses grosse Opfer im Interesse des Volksganzen bringen, hat man bei den gesetzgeberischen Massnahmen auf die ungeheure Vorbelastung dieser wirtschaftlich ohnehin schon schwachen Volksschicht keine, oder doch nur ungenügende Rücksicht genommen." Die Parteien werden nun angefragt, ob sie bereit seien, "sich für eine zielbewusste Familienpolitik zur Wiederaufrichtung und Gesundung der deutschen Familie einzusetzen". Der Reichsbund will die eingegangenen Antworten im Hinblick auf die Reichstagswahl am 6. November zur Kenntnis seiner Mitglieder bringen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die diese Anfrage beantwortet hat, konnte darauf hinweisen, dass die sozialdemokratische Partei keine neuen Wahlversprechungen zu machen braucht. Die ganze Arbeit der Sozialdemokratie gilt dem Schutze der minderbemittelten und hilfsbedürftigen Bevölkerung und darum ist auch die Vertretung der Interessen der kinderreichen Familien eingeschlossen. Schon in der Reichsverfassung, an deren Schöpfung die Sozialdemokratie massgebend beteiligt war, ist ausdrücklich bestimmt, dass kinderreiche Familien Anspruch auf ausreichende Fürsorge haben und dass dafür gesorgt werden müsse, dass allen deutschen Familien, besonders den Kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte gesichert wird. Solange die sozialdemokratische Partei ihren Einfluss auf die Regierung ausüben konnte, ist diesen Bestimmungen Rechnung getragen wor-

den. Es wurden Kinderzulagen bei Löhnen und Gehältern, bei Unterstützungen und Renten geschaffen, bei der Vergebung von Heimstätten wurden kinderreiche Familien vornehmlich berücksichtigt, bei den Steuerleistungen sind entsprechende Vergünstigungen gewährt worden.

Erst seitdem die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschaltet ist und sich die Gesetzgebung im wesentlichen in Form der Notverordnungen vollzieht, hat man diese Rücksichten fallen gelassen. Die bürgerlichen Parteien, die nicht oft genug über die Heiligkeit der Ehe und der Familie reden können, tun nichts, um die kinderreichen Familien vor völliger Verelendung zu schützen. Sie überlassen es der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, gegen die familien- und kinderfeindlichen Massnahmen der Regierung der Freiherren zu kämpfen. Sicher werden die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf wieder die schönsten Versprechungen machen, nach dem 6. November wird man aber nichts von ihren wirklichen Taten für die kinderreichen Familien hören.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brauchte nicht darauf zu warten, bis die an sich gerechtfertigte Anfrage des Reichsbundes an die Parteileitung kam. Auch in den von ihr zum Umbau der Wirtschaft und Erhaltung der Existenz der arbeitenden Bevölkerung im Reichstag eingebrachten Gesetzentwürfen wird selbstverständlich der kinderreichen Familien gedacht. Das kommt insbesondere zum Ausdruck in den sozialdemokratischen Forderungen auf

Wiedererhöhung der Sozialleistungen, Gewährung einer Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung, Mietbeihilfen für bedürftige Mieter in Altwohnungen, Mietsenkung für Neubauwohnungen, vor allem für Kinderreiche, Befreiung der Kleinhausbesitzer von der Zahlung der Hauszinssteuer, Schaffung eines sozialen Wohn- und Mietrechts, Schaffung eines Reichsstädtebaugesetzes, Entlastung notleidender Schuldner.

Wenn also die Väter und Mütter, die eine grosse Kinderschar ihr eigen nennen, bessere Verhältnisse für sich und ihre Familien herbeiführen wollen, so müssen sie dafür sorgen, dass am 6. November die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten so erhöht wird, dass sie im neuen Reichstag ihre Forderungen durchsetzen können!

-----

SPD. Der Lytton-Bericht - so dürfte nach dem Namen ihres Vorsitzenden der Bericht der Untersuchungskommission über den Mandschurei-Konflikt der Einfachheit halber genannt werden - ist ein Dokument, das alle Widersprüche der heutigen kapitalistischen Gesellschaft widerspiegelt. Die Kommissionsmitglieder haben sich offenbar die grösste Mühe gegeben, sich ein objektives Urteil über die Vorgänge im Fernen Osten zu bilden und das ist ihnen sogar in weitgehendem Masse gelungen. Ihre Feststellungen über die unmittelbare Vorgeschichte der japanischen Aktion bestätigen den Eindruck, den man schon vor Jahresfrist auf Grund der ersten Nachrichten gewonnen hatte: die Ermordung des japanischen Hauptmanns Hakumara war nur ein Vorwand für die verallgemeinerte Behauptung, dass in der Mandschurei ein Räuberunwesen herrsche, das die chinesischen Behörden nicht willens und nicht fähig seien, zu unterdrücken und durch das das Leben und Eigentum der angesiedelten Japaner dauernd gefährdet sei. Damit ist schon das Urteil über die ganze imperialistische Aktion der Tokioter Regierung gefällt. Aber darüber hinaus hat die Kommission bestätigt, dass die mandschurische Bevölkerung in allen ihren Schichten chinesisch ist, chinesisch fühlt und von der "unabhängigen" Regierung, die Japan dort eingesetzt hat, nichts wissen will.

Die logische Schlussfolgerung aus dieser entscheidenden Feststellung wäre, dass Japan vom Völkerbund nicht nur zur Räumung des widerrechtlich besetzten Gebietes, sondern auch zur Wiedergutmachung des ungeheuren Schadens verurteilt wird. Aber die Kommissionsmitglieder sind allesamt Vertreter von kapitalistischen Mächten mit eigenen imperialistischen Interessen. Jede von ihnen hat in der Vergangenheit mehrmals genau so gehandelt wie Japan in der

Mandschurei. Um nur einige Beispiele zu nennen: Frankreich in Marokko, England in Ägypten, Italien in Tripolis, Amerika in Kuba. Und wenn auch Deutschland gegenwärtig als Kolonialmacht nicht in Frage kommt, so war gerade das deutsche Kommissionsmitglied Dr. Schnee als ehemaliger Kolonialgouverneur ein Exponent des alten imperialistischen Kolonialgedankens. Infolgedessen haben sie es nicht gewagt, den berechtigten Forderungen Chinas im vollen Umfange Rechnung zu tragen. Sie gehen vielmehr davon aus, dass Japan so viel Geld in der Mandschurei investiert habe, dass es besondere Interessen und daher auch besondere Rechte in diesem Teil Chinas zu wahren berechtigt sei. Dieser typisch imperialistische Gedankengang hat sie zu Ergebnissen geführt, die den Stempel eines faulen Kompromisses zwischen Völkerrecht und kapitalistischer Weltauffassung tragen. Die Wiederherstellung des früheren Zustandes wird von ihnen abgelehnt, und dadurch wird das von Japan begangene Unrecht gewissermaßen sanktioniert, vielmehr wird eine komplizierte Lösung vorgeschlagen, die Chinas Rechtsanspruch auf die Souveränität über die Mandschurei zwar anerkennt, aber Japans angeblichen besonderen Rechten in weitem Masse entgegenkommt. Theoretisch soll zwar die Mandschurei weiter dem Chinesischen Reich einverleibt sein, aber eine weitgehende "Selbstverwaltung", also Autonomie, soll diese Souveränität stark einschränken, was schon darin zum Ausdruck kommt, dass ein ganzer Stab von fremden Kontrolleuren und "Beratern" den dortigen Behörden beigegeben wird.

So wie die Dinge liegen, und nachdem der Völkerbund durch seine sträfliche Passivität es zugelassen hat, dass Japan im Laufe eines vollen Jahres immer mehr vollendete Tatsachen geschaffen hat, konnte die Kommission vielleicht kaum weitergehen, als sie es getan hat. Es ist sogar fraglich, ob Japan das Urteil der Völkerbundskommission überhaupt annehmen wird, denn es bedeutet trotz seines Kompromisscharakters für die Militaristen von Tokio eine morale und diplomatische Niederlage und straft alle Behauptungen Lügen, die von ihnen zur Rechtfertigung ihres Vorgehens aufgestellt wurden; namentlich wird die infame Komödie mit den Strohmannern des "unabhängigen" Staates Mandschukuo entlarvt. Japan hat wiederholt damit gedroht, dass es den Völkerbund verlassen wird, wenn der Kommissionsbericht ihm Unrecht geben sollte. Dass sich die Kommission durch diese Drohung nicht hat einschüchtern lassen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, dass der Völkerbund vor dieser Erpressung nicht zurückweicht und die Vorschläge seiner Untersuchungskommission, so unvollständig sie sind, auch wirklich entschlossen und loyal durchführt.

-----

SPD. Warschau, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Wiederwahl Polens in den Völkerbundsrat wird in Warschau mit grosser Befriedigung aufgenommen. Man nimmt diese Tatsache als eine Anerkennung der bedeutenden Rolle Polens innerhalb der Genfer Institution und als den Beweis für seine Grossmachtstellung in Europa auf. Offiziell wird erklärt, dass die nun zum dritten Male erfolgte Wiederwahl Polens gleichwertig sei der Umwandlung des nichtständigen polnischen Ratssitzes in einen ständigen Sitz. Der Völkerbund habe durch diesen Schritt gezeigt, dass er gewillt ist, das gegenwärtige Kräfteverhältnis nicht nur innerhalb des Völkerbundes sondern auch in Europa zu sichern und zu stabilisieren. Es steht zu erwarten, dass die polnische Regierung angesichts dieses Erfolges nun Bemühungen aufnehmen wird, um als ständiges Mitglied in den Rat einzugehen.

-----

SPD. Dresden, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nachdem die Sammlungsversuche der bürgerlichen Mitte kürzlich in Berlin gescheitert sind, wird jetzt von Sachsen aus ein gleicher Versuch noch einmal unternommen. Die Wirtschaftspartei hielt am Montag in Dresden eine Landesvertreter-Versammlung ab, die einen Aufruf beschloss, worin das gesamte sächsische Bürgertum aufgefordert wird, sich zu einem Bürgerblock zusammenzuschließen und diesem seine Stimme zu geben. Die alten Parteien werden aufgefordert, zunächst nur für diesen Wahlkampf - unter Wahrung ihrer Selbständigkeit - auf eigene Kandidaten zu verzichten. Die Wirtschaftspartei erklärt sich zu solchem Verzicht bereit. Es besteht kaum Aussicht, dass diesem neuen Versuch mehr Erfolg beschieden sein wird als den Bemühungen der Reichsvertretungen der Mittelparteien.

-----

SPD. München, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Zur Vorbereitung des Reichstagswahlkampfes hatte die Bayerische Volkspartei am Montag ihren Landesausschuss versammelt, dem der Parteivorsitzende Staatsrat Schäffer die Parolen für die Wahlkampfstrategie vortrug. Sie richteten sich fast ausschliesslich gegen die Papen-Regierung, deren innen- und aussenpolitische Tätigkeit aufs schärfste kritisiert und abgelehnt wurde. Die Polemik beginnt mit der Feststellung, dass die gegenwärtige Reichsregierung keinelei Fühlung mit den politischen Richtungen des deutschen Volkes suchen und finden wollte, und dass sie deshalb den Versuch des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, gemeinsam mit den Nationalsozialisten die Arbeitsfähigkeit der neugewählten Volksvertretung herzustellen, aus kleinlichen und hässlichen Beweggründen unterbunden und der Erfüllung dieses Ziels hindernd entgegenstand. Die jetzige Notverordnungs politik des Reiches, die auf einem unerträglich gewordenen Missbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung beruhe, führe zur Erschütterung des ganzen Rechtslebens und damit zum Rechtschaos. Dieser Missbrauch müsse deshalb unter allen Umständen beseitigt werden und deshalb werde die Bayerische Volkspartei dem Reichstag schleunigst ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 vorlegen, durch das die Anwendung dieses Verfassungsartikels vor allem an das Einvernehmen von Reichspräsident und Reichsrat geknüpft werde.

Im Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung liege die grosse Gefahr, dass sich auf die allernächsten Jahre eine solche Menge von Schuldtiteln des Reiches anhäufe, dass ernste Währungsschwierigkeiten entstehen. Kein Experiment auf wirtschaftlichem Gebiet sei aber eine Gefährdung unserer Währung wert und keine Hoffnung auf künftige Ereignisse könne einen Schritt zur Inflation hin entschuldigen. Durch die sozialpolitischen Massnahmen der Reichsregierung werde der soziale Friede in Mitleidenschaft gezogen und die soziale Gerechtigkeit zerschanden gemacht. Wenn die Regierung nach dem 6. November die Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände mit einer neuerlichen Reichstagsauflösung verhindern wolle, so würde die Bayerische Volkspartei ein solches Vorgehen - möge der Vorwand sein wie immer - als einen offenen Verfassungsbruch betrachten und sähe sich dann gezwungen, den Verfassungskampf gegen diese Reichsregierung aufzunehmen. Mit der gleichen Schärfe wandte Schäffer sich auch gegen die Aussenpolitik der Papen-Regierung. Diese Aussenpolitik, die Lautstärke mit innerer Stärke verwechselt und die allzu sehr militärisch betont sei, führe Deutschland in neue Isolierung hinein. Der Landesausschuss billigte einstimmig diese vom Vorsitzenden vorgetragenen Richtlinien.

-----

SPD. Genf, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das vom Völkerbundsrat eingesetzte Komitee zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat am Montag beschlossen, dem Rat die Einberufung der vorbereitenden Konferenz für den 31. Oktober nach Genf und als Ort der Konferenz selbst London vorzuschlagen. Ueber die Beteiligung Russlands wurde noch kein Beschluss gefasst, auch noch nicht über das Datum des Konferenzbeginns.

SPD. Brüssel, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die zuletzt in Brüssel geführten Verhandlungen zwischen den Delegierten der deutschen und der belgischen Regierung über die Kontingentierung der Einfuhr deutscher Kohle nach Belgien sind zum Abschluss gekommen. Man einigte sich auf die Herabsetzung der deutschen Kohleneinfuhr auf 47 bzw. 50½ Prozent des seitherigen Monatsdurchschnitts. Demgegenüber erhält Deutschland von den belgischen Einnahmen Aufträge für Maschinen und andere Erzeugnisse im Gesamtwert von ungefähr 12 Millionen Franken.

SPD. Halberstadt, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wegen Verleumdung der sozialdemokratischen preussischen Landtagsabgeordneten Minna Bollmann wurde am Montag die kommunistische Agitatorin Katharina Thomas in Halberstadt dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend zu drei Monate Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte eine von den Kommunisten herausgegebene Sudelschrift verantwortlich gezeichnet, in der der Genossin Bollmann ehrenrührige Vorwürfe gemacht wurden. Sie sollte während des Krieges Lebensmittel verschoben haben. Für jeden, der die Genossin Bollmann kennt, eine geradezu groteske Behauptung. Vor Gericht konnte die Verleumderin auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen. Nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten kam sie mit der Mindeststrafe von drei Monaten, die nach der Notverordnung für Verleumdungen politischer Personen vorgesehen ist, davon.

SPD. Köln, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Streik der 400 Textilarbeiter bei der Firma Baldus in Friedrichsthal bei Gummersbach im Rheinland gegen den Notverordnungs-Lohnabbau ist mit einem vollen Erfolg der Arbeiter beendet worden. Die Lohnkürzung wurde sofort zurückgenommen. Ab 1. November werden die Löhne allgemein um zwei Prozent gekürzt. Die Kürzung gilt aber nur für englische Aufträge und fällt nach Erledigung dieser Arbeiten, voraussichtlich Ende Februar 1933, wieder fort. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen.

Am Montag-Morgen trat die 400 Mann starke Belegschaft der Baumwollspinnerei F.H. Hammersen A.G. in Gladbach-Rheydt wegen Lohnkürzungen nach den Bestimmungen der Notverordnung in den Ausstand.

SPD. Paris, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Genfer Berichterstatter des "Jornal des Débats" bemerkt zu der Wiederwahl Polens in den Völkerbundsrat: "Warmer Beifall hat dieses Ergebnis begrüßt, der dagegen einen niederschmetternden Eindruck auf die deutsche Delegation gemacht hat. Bei den Wahlen im Jahre 1926 hatte Polen nur 36 Stimmen. Der Gewinn von fünf Stimmen beweist, dass es im Völkerbund Männer gibt, die politi-

sches Verständnis haben und die sich klar darüber sind, dass der Augenblick nicht gekommen ist, im Völkerbundsrat Deutschland in Gegenwart des leeren Sitzes Polens zu lassen. Andererseits sind die schmollende Haltung Deutschlands und seine Art, die Tür hinter sich zuzuwerfen, wenn es nicht sofort das erhält, was es wünscht, nicht ohne Einfluss auf den Völkerbund geblieben."

-----  
SPD. Paris, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Herriot ist am Montag-Abend nach Paris zurückgekehrt. Er hat für Dienstag Nachmittag einen Kabinettsrat einberufen, um seine Kollegen über die letzten Ereignisse in Genf zu unterrichten.

-----  
SPD. Genf, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nach Abschluss der Generaldebatte über den Jahresbericht hat die Völkerbunds-Vollversammlung am Montag nachmittag die Nachfolger der drei ausscheidenden nichtständigen Ratsmitglieder Polen, Jugoslawien und Peru gewählt. Von 52 abgegebenen Stimmen erhielten Polen 48, Mexiko 46 und die Tschechoslowakei 46. Noch nie seit Bestehen des Völkerbundes hatte Polen je soviel Stimmen auf sich vereinigt, welcher Umstand auf die ausserordentliche Beliebtheit der deutschen Reichsregierung zurückgeführt werden muss, die sich nicht wenig bemüht hat, Polens Wiederwählbarkeit zu verhindern. Der Völkerbundsrat trat sofort nach der Wahl zu seiner neuen Tagung zusammen und hiess die Massnahmen der neutralen Mächte zur Vermittlung im Streit zwischen Bolivien und Paraguay gut. In geheimer Sitzung wurden die beiden wichtigen Fragen der Ersatzwahl für den verstorbenen Hohen Kommissar in Danzig und der Festsetzung des Zeitpunktes für die Wahl des Nachfolgers des zurückgetretenen Generalsekretärs verschoben.

-----  
SPD. Neustrelitz, 3. Oktober (Eig. Dr.)

Ein Motorradunglück, das zwei Todesopfer forderte, ereignete sich am Montag nachmittag in der Nähe der Mecklenburg-Strelitzer Ortschaft Lübbersdorf. Zwei Landwirte aus Wittenborn führen mit einem Motorrad gegen einen Chausseebaum. Der Landwirt Peters wurde durch einen Genickbruch auf der Stelle getötet. Der Landwirt Salow erlitt einen Schädelbruch und starb ebenfalls kurz darauf. Wie man vermutet, ist das Unglück darauf zurückzuführen, dass der Führer des Motorrades angetrunken war.

-----  
SPD. Schwerin, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Bezirksvorstand des Bezirksverbandes Mecklenburg-Lübeck der SPD hat folgende Reichstagskandidaten vorgeschlagen: 1) Dr. Julius Leber-Lübeck, 2) Karl Moltmann-Schwerin, 3) Albert Schulz-Rostock, 4) Karl Bartosch-Neustrelitz.

-----  
SPD. Breslau, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

In den vom Streik erfassten Betrieben der niederschlesischen Metallindustrie wurde am Montag durch Urabstimmung zu dem Vermittlungsvorschlag des stellvertretenden Schlichters in Breslau Stellung genommen. Nach diesem Vorschlag soll mit Gültigkeit bis zum 31. Januar 1933 der Spitzenlohn in der niederschlesischen Metallindustrie ab 3. Oktober d.J. 66½ Pfennig und der

Akkordsatz 62 Pfennig betragen. Wiedereinstellungen sollen nach den betrieblichen Möglichkeiten erfolgen. Bei der Abstimmung am Montag sprachen sich 82 Prozent der streikenden Arbeiter für Ablehnung des vom Schlichter unterbreiteten Vorschlages aus. Die Arbeiterschaft vermisst in dem Vorschlag des Schlichters eine eindeutige Feststellung darüber, dass keinerlei Massregelungen Platz greifen dürfen. Ausserdem hat die vom Schlichter vorgesehene Lohn- und Akkordsenkung gerade angesichts der Tatsache, dass in der schlesischen Textilindustrie und auch in den westdeutschen Industriegruppen die Laufdauer der bestehenden Tarifverträge um mehrere Monate verlängert wurde, stärksten Unwillen hervorgerufen.

Der Streik in der niederschlesischen Metallindustrie geht also weiter. Gegenwärtig befinden sich in den Orten Niesky (Oberlausitz), Görlitz, Liegnitz, Waldenburg und Rückenwaldau noch rund 1000 Mann im Arbeitsausstand.

-----  
SPD. München, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Vor dem Münchener Amtsgericht rollte am Montag ein politischer Beleidigungsprozess ab, der einen tiefen Blick hinter die Kulissen des Braunen Hauses in München tun liess und die Verfallserscheinungen in der Hitler-Partei mit greifbarer Deutlichkeit offenbarte. Dieser Prozess erbrachte den schlüssigen Beweis für die Eifersucht, den Neid und die Missgunst, mit denen die führenden Männer der NSDAP einander bis aufs Messer bekämpfen.

Angeklagt war der verantwortliche Redakteur der "Münchener Post", Goldschagg, wegen zweier Artikel "Die Tscheka im Braunen Haus", die im April dieses Jahre kurz vor der Reichspräsidentenwahl sensationelle Enthüllungen über eine Mordorganisation innerhalb der NSDAP brachten. Eine erste Bestätigung der Richtigkeit dieser Enthüllungen in der "Münchener Post" brachte bereits ein Gerichtsurteil vom 5. Juli dieses Jahres, durch das ein einflussreicher, ständiger Gast im Braunen Haus namens Danzeisen wegen zweier Vergehen der Aufforderung zum Verbrechen des Mordes sechs Monate Gefängnis erhielt. Aber in jener Verhandlung wurden zwei wichtige Zeugen nicht vernommen, nämlich der Fabrikant Bell, ein ehemaliger Vertrauensmann des Hauptmanns Röhm, und der Reichsbannerführer Major Mayr, dessen Informationen im wesentlichen zu den Enthüllungen der "Münchener Post" beitrugen.

Viel weiter konnte nun der neue Prozess in die Mordatmosphäre des Braunen Hauses hineinleuchten, zu welchem Bell und Mayr als Zeugen zugezogen waren. Die Nationalsozialisten hatten natürlich ein begründetes Interesse daran, die Öffentlichkeit nicht gar zu tief in ihre dunklen Geheimnisse hineinschauen zu lassen. In dieser Richtung lag schon die Einleitung des Beleidigungsprozesses gegen die "Münchener Post". Nicht etwa der SA-Stabschef Röhm noch sein Nachrichtenchef Graf Dumoulin-Eckart oder der Reichstagsabgeordnete Buch hatten gegen die "Münchener Post" geklagt, obwohl sie doch als die meist Kompromittierten das grösste Interesse daran gehabt haben müssen. Lediglich der Fememörder Schulz und der Reichsschatzmeister der NSDAP, Stadtrat Schwarz, hatten sich durch die Artikel der "Münchener Post" beleidigt gefühlt, obgleich sie in den Enthüllungen nur nebensächlich genannt sind.

Noch deutlicher aber äusserte sich das Bestreben der Nazileitung, so viel wie möglich zu vertuschen, in der Tatsache, dass die Hauptzeugen, Hauptmann Röhm, Dumoulin-Eckart, Graf Spreiti, Rolf Reiner, ein besonderer Vertrauter im Braunen Haus, und der im Zusammenhang mit dunkelsten Geschichten schon viel bekannt gewordene Kaufmann Hans Schweighardt, zum Teil unauffindbar waren, zum Teil der Ladung nicht Folge leisteten. Röhm, Reiner und Schweighardt wurden dafür zu je 500 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Gerade diese Zeugen hätten bekunden müssen, was sie übrigens in zahlreichen polizeilichen- auch freiwilligen -Einvernehmungen auch getan hatten, dass im Braunen Haus tatsächlich eine geheime Zellebestand, und dass

ernstliche Mordabsichten vorhanden waren. Aber auch ohne diese Zeugen gelang der Verteidigung der Wahrheitsbeweis. Sie erbrachte den Beweis dafür, dass Röhme, Dumoulin-Eckart und Graf Spreiti selbst die Ueberzeugung und die Gewissheit erlangt hatten, dass in den Kreisen der NSDAP im Frühjahr 1932 tatsächlich ein ernstes Mordkomplott verabredet war, und dass auf Betreiben des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Major Buch der Fabrikant Danzeisen einen gewissen Horn telegraphisch von Karlsruhe nach München gerufen hatte, um die Ausführung der Mordtaten zu übernehmen, und zwar handelte es sich um einen Mordanschlag auf den bereits genannten Bell, auf Dumoulin-Eckart und Hauptmann Röhme.

Aufsehen erregte schon gleich bei Beginn der Zeugenvernehmung als Bell um seine Nichtvereidigung ersuchte. Er begründete seine Bitte damit, dass er sich durch seine Aussage Gegner mache, und dass es bei den Zuständen im Braunen Haus möglich sei, dass für wenig Geld eine falsche eidesstattliche Aussage erkaufte und er dann in ein Meineidsverfahren verwickelt werde, wie es ihm schon einmal passiert sei. Der Zeuge, trotz seiner Einwendung vereidigt, sagte dann über eine Zusammenkunft mit Röhme aus. Röhme habe gesagt: "Wissen Sie schon das Neueste. Man will uns umbringen. Sie, Dumoulin-Eckart und mich." Er habe es anfangs nicht glauben wollen, bis Röhme Einzelheiten mitteilte und erwähnte, dass Major Buch dahinter steckt. Bald darauf habe er den Schweighardt in einem Caféhaus getroffen. Auch von diesem sei er gefragt worden, ob er schon wisse, dass er umgebracht werden solle. Schweighardt habe weiter erklärt: "Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, dass die ganze Saubande ins Zuchthaus käme." Mit der Saubande sei die Reichsleitung der NSDAP gemeint gewesen. Schweighardt habe ihn dann gefragt: "Willst Du Deinen Mörder kennen lernen?" Er wird bald hierher kommen. Tatsächlich sei dann Dr. Horn aus Karlsruhe in das Lokal gekommen.

Interessante Mitteilungen machte der Zeuge auch über eine andere Aussprache mit Hauptmann Röhme. Als die Sache mit den Röhme-Briefen kamen, sagte Röhme zu mir: "Sie sind ein Stümper, weil Sie nicht fertigbringen, dass diese Sache unterdrückt wird." Ich bin dann nach Magdeburg ins Reichsbannerhaus zu Major Mayr gefahren, Mayr wusste einfach alles. Ich fragte ihn, ob er bereit sei Röhme zu empfangen. Am 1. April 1932 kam dann Röhme nach Berlin und hatte in einer Privatwohnung eine 3stündige Unterredung mit Major Mayr. Röhme berichtete mir später, dass Mayr alles wisse, und dass es stimme, dass die Schweinehunde uns erledigen wollen. Röhme nahm die Sache sehr ernst und schimpfte wütend auf Schulz und Schwarz. Auf Befragen über die Pläne zur Errichtung eines grossen Geheimdienstes über ganz Deutschland erklärte der Zeuge: Ja, es war die Rede davon, dass missliebige Leute beseitigt werden sollten. Dass man einen Mann um die Ecke bringt, das wird bei uns nicht so tragisch aufgefasst, wenn man darüber spricht. Eine solche Einrichtung gehört mit zu unserer Organisation. Wir sagen, das ist Selbstschutz, Sie sagen da Mord. Aber das ist es nicht. In einem Geheimdienst gehört so etwas hinein, das ist selbstverständlich. Ich finde nichts dabei, wenn einer aus moralischen Gründen im Interesse der Partei beseitigt wird. Es handelt sich doch um den Schutz der eigenen Leute. Die Verräterei muss abgestellt werden, gleichviel mit welchen Mitteln.

Nicht weniger sensationell gestaltete sich die Aussage des Zeugen Major Mayr. Meine Informationen, so erklärte der Zeuge, stammen aus vier Quellen: aus Stuttgart, von befreundeter Seite in München, aus den Angaben Bells und enlich durch die Angaben des Hauptmanns Röhme. In meiner Eigenschaft als Hauptschriftleiter der Reichsbanner-Bundeszeitung ist mir Ende 1931 ein Artikel aus Stuttgart zugegangen, der von einem Mitglied des württembergischen Landtags stammte und sich mit der Bildung einer Zelle "G" in der Nationalsozialistischen Partei beschäftigte. Ich hatte damals Bedenken, den Artikel so zu veröffentlichen. Er berichtete von einer Konferenz der Funktionäre der Zelle "G" in München im Braunen Haus, an der 42 Personen teilnahmen. Hitler habe

eine Ansprache gehalten, er freue sich, so sagte er, den wichtigsten Teil der Bewegung begrüßen zu dürfen. Zur Verhandlung standen am ersten Tag (14. August 1931) der Bericht des Reichszellenführers über seine Tätigkeit, Berichte der Zellengaleiter. Am zweiten Tag Vortrag über Wesen und Wirken der Zelle "G", am dritten Tag Vortrag über gegnerisches Material, vierten Tag Vortrag über Spionageabwehr. Ich habe diesen Artikel nicht für hasenrein gehalten, immerhin, die darin geschilderte Organisation machte eine Art bolschewistischen Eindruck auf mich, und ich und meine Freunde sind der Auffassung, dass die Trennungslinie zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten schmal ist. Ich schrieb deshalb an Herrn Bell, den ich vom Krieg her kannte und der als Vertrauter von Hitlers Stabschef mit mir wiederholt Fühlung wegen der Röhmbriefe genommen hatte. Bei einer mündlichen Zusammenkunft bestätigte Bell im grossen und ganzen alle Einzelheiten meiner Informationen über die Zelle "G". Trotzdem waren meine Zweifel noch nicht zerstreut. Darauf erklärt Bell, er werde mir den besten Zeugen bringen, den es in dieser Sache geben kann, nämlich Stabschef Röhm selbst. Ich war ausserordentlich erstaunt. Die Veranlassung, diese Aussprache zwischen Röhm und mir herbeizuführen, war natürlich in erster Linie die Affäre wegen des § 175, dann aber auch der ganze Komplex der Mordorganisation. Röhm kam in den nächsten Tagen in meine Privatwohnung, da ich eine Unterredung in einem Hotel abgelehnt hatte. Unsere Aussprache dauerte drei Stunden. Zunächst bewegte sie sich in allgemeinen Redensarten. Röhm erzählte mir zuerst von seiner Zusammenkunft mit Schleicher. Ich erzählte, was mir aus Stuttgart und durch Bell mitgeteilt worden war, und jetzt sagte Röhm, das sei im grossen und ganzen genau wahr, was sie in den letzten Tagen im Braunen Haus in München erlebt hätten. Er äusserte sich dann mit beleidigenden Werturteilen über Schulz, Buch, Schwarz, Buhler und andere. Das kam hageldicht aus dem Munde Röhm's. Er sprach aus schärfster innerer Erregung heraus. Besonders scharf äusserte er sich gegen Schulz und Schwarz und betonte, dass nach seiner Auffassung hinter der ganzen Sache Schulz stecke. Und dann bat er mich, wenn ich irgendwelche weiteren Informationen über Schulz erhalten sollte, sie ihm zu Verfügung zu stellen. Ich war natürlich sehr erstaunt über die Tatsache, dass der oberste SA-Führer ausgerechnet mich um Material gegen seine eigenen Freunde anging. Von Schulz erklärte Röhm, er stecke auch hinter anderen Schweinereien, mit denen er gerade zu tun habe. Wir haben dann vereinbart, diese Unterredung zunächst vertraulich zu halten. Röhm betonte, er habe sich an mich als früheren Kameraden gewandt. Wir vereinbarten, er sage von der Aussprache Hitler nichts und ich wollte dem Bundesvorstand des Reichsbanners keine Mitteilung machen. Nur heute, unter dem Zwang da ich Zeuge bin, fühle ich mich berechtigt und verpflichtet auszusagen.

Die Vertreter der Nazikläger, darunter Frank II, versuchten nun mit allen Mitteln diese schwerbelastenden Zeugenaussagen zu entwerten und das Ganze als marxistischen Schwindel hinzustellen. Damit hatten sie aber kein Glück, denn die Rechtsanwälte des angeklagten Genossen Goldschagg konnten an Hand eines umfangreichen polizeilichen Aktenmaterials feststellen, dass auch andere prominente Leute aus dem Braunen Haus, so Graf Dumoulin-Eckart und sein Adjutant Graf Spreti, in freiwilligen Bekundungen bei der Polizeidirektion ihre Angst vor Mordüberfällen zu Protokoll gegeben haben.

Um die achte Stunde waren die Plädoyers noch im Gange. Das Urteil soll noch in der Nacht gesprochen werden.

SPD. London, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Die 32. Konferenz der Labour-Party in Leicester, die am Montag eröffnet wurde, wird, nachdem man über den Schrecken der Wahl-niederlage vor zwölf Monaten hinweggekommen ist, das sozialistische Gedankengut der Partei schärfer herausarbeiten als dies während der letzten Regierungsperiode sichtbar war.

Der Grundton der Reden ist, dass keine schwachen und unentschlossenen Regierungen wie 1929/30 mehr gebildet werden dürfen. Die Von-der-Hand-~~in~~-den-Mund-Politik, mit der die letzte Regierung dem Sozialismus näherzukommen hoffte, hat sich als Misserfolg erwiesen und die Aufgabe dieses wie des nächsten Parteitages ist es, Stufe für Stufe eine praktische, zur Uebersetzung in die Wirklichkeit bereits sozialistische Politik zu entwerfen.

Die Konferenz wurde von Lathan eröffnet. Er bezeichnete es als die Aufgabe des Sozialismus, Ordnung aus dem Chaos zu schaffen. Er sprach sich über den Abfall der unabhängigen Labour-Party aus, äusserte sich aber mit grosser Zuversicht über die Zukunft der Partei, die sich seit einem Jahre wieder erheblich gekräftigt habe. Die sogenannte Nationalregierung wurde wegen ihrer phantasielosen und schädlichen Sparpolitik heftig angegriffen. Es entspreche eine lebhafte Diskussion darüber, was geschehen solle, wenn der König einen Labour-Premier mit der Regierungsbildung beauftragt, ohne dass eine absolute Labour-Mehrheit im Parlament vorhanden sei.

Die Stelle der Unabhängigen Labour-Party als Propagandaorganisation innerhalb der Labour-Party nimmt jetzt die am Sonntag gegründete Sozialistische Liga ein, in der sich die nicht mit dem Austritt einverständlichen Mitglieder der Unabhängigen Labour-Party zusammengefunden haben, mit der vor einem Jahr entstandenen Gesellschaft für sozialistische Forschung und Propaganda.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Aus aller Welt

Herr Lautsprecher ohne Lautsprecher?

Tritt Reichsrundfunkkommissar Scholz zurück? - Aus der Chronik des Radios -  
Am 9. Oktober: Arbeiterfunktag des Auslandes!

SPD. Im deutschen Rundfunk kriselt es wieder einmal. An höchster ministerieller Stelle scheint man mit dem reichlich dilettantischen Wirken des Herrn Reichsrundfunkkommissars Scholz sehr unzufrieden zu sein. Denn seitdem Herr Scholz das Heft in der Hand hat, geht es im Rundfunk drunter und drüber. Und auch dass Herr Scholz zeitweilig das Mitgliedsheft der NSDAP in der Hand hatte, das er freilich rasch wieder auf den Tisch des Braunen Hauses legte, als ihm der Anbruch des Dritten Reiches nicht sicher genug schien, hat den Diktator der Lautsprecher nicht mit jenem Geist erleuchtet, dessen selbst er an solcher Stelle bedarf.

Der beschämende Tiefstand unserer Rundfunkprogramme ist weltbekannt. Dass hierin nicht viel Aenderung zu erwarten sein dürfte, liessen die beauftragten Lautsprecher des Herrn Scholz, insbesondere die Herren Stapelfeld und Beumelburg, in der rechts und links stark kritisierten Berliner Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag erkennen. Die Konferenz hatte einen Lachserfolg. Aber darüber hinaus ist man auch mit den organisatorischen Leistungen des Herrn Scholz sehr unzufrieden. Am letzten Freitag liefen die von der Reichspost zu diesem Tage gekündigten Sendekonzessionen ab. Um die Gesellschaften überhaupt sendefähig zu erhalten, wurden "bis auf Widerruf" Notkonzessionen erteilt. An sich sollten zum 1. Oktober die Aktiengesellschaften in gemeinnützige G.m.b.H.'s umgewandelt sein - aber bis heute ist hier noch keinerlei Beschluss gefasst. Ebenso wenig steht bis jetzt etwas fest über die angekündigten Abfindungen der Privataktionäre der Rundfunkgesellschaften; es ist zu befürchten, dass auch für diesen Zweck die Programmgelder herhalten sollen. Auch sonst hat die von Herrn Scholz grossartig angekündigte "Neuregelung" nichts Neues geschaffen - es sei denn eine Anzahl neuer gut bezahlter Posten, für deren Träger es gar kein rechtes Arbeitsgebiet gibt, einen dicken Stoss Abbestellungen enttäuschter Hörer und viele Verärgerungen bei den einzelnen Sendegesellschaften, in deren Programmgestaltung der Reichsrundfunkkommissar mit wenig Kenntnis und viel Selbstbewusstsein häufig eingriff.

Herr Scholz ist vorläufig auf Urlaub gegangen. Die Öffentlichkeit hat nicht den Wunsch, ihn bald wieder an seinem Schreibtisch im Berliner Reichsrundfunkhaus in der Masurenallee zu wissen.

Die Angst vor der sogenannten Einkreisung Deutschlands durch starke ausländische Sender hat die Reichspost zu einer grosszügigen Ausgestaltung des deutschen Sendernetzes veranlasst. Die erste Etappe in dem Neubau-Programm stellen die Sender Breslau, Leipzig und München dar. Während der Breslauer Sender schon seit einiger Zeit mit der erhöhten Energie arbeitet, verzögert sich die Eröffnung des neuen Leipziger Senders. Zunächst sind auf dem Transport der neuen Riesen-Röhren, die beinahe fünfzehntausend Mark pro Stück kosten, von 8 Röhren 7 zerbrochen worden. Als Ersatz ankam, ergaben sich neue Schwierigkeiten: der neu erbaute Sender und die Senderöhren passten nicht zueinander. Man ist nun dabei, den Sender entsprechend umzubauen. Durch

diese Erfahrungen gewitzigt, ist nun auch das Datum für die Inbetriebnahme des neuen Münchener Senders hinausgeschoben worden.

+

Der neue Breslauer Sender hat nicht, wie es sonst üblich ist, eine Antenne, die zwischen zwei Türmen wagrecht aufgehängt ist. Vielmehr ist der schwingende Draht in einem einzigen Holzturm senkrecht nach oben gezogen worden. Man erreicht dadurch eine starke Verringerung des sehr unangenehmen Empfangsschwundes, des sogenannten Nah-Fadings. Die Breslauer Antenne erinnert in ihrem Aussehen an eine Antennen-Konstruktion, die seit einigen Jahren in Amerika versucht wird. Unsere üblichen Antennen sind ja eine optische Täuschung. Das Augenfälligste an ihnen, die Türme, haben mit der Sendung nichts zu tun, sie sind nur Haltegeräte für den dünnen unscheinbaren Draht, der die eigentliche Antenne bildet. Dagegen sind die sogenannten Gittermast-Antennen, die Amerika baut, echt. Denn es ist der Turm selbst, der die elektrischen Wellen ausstrahlt. Eine solche Antenne kommt jetzt bei dem neuen Sender Hilversum (Holland) zur Anwendung, der mit der erhöhten Energie von 20 Kilowatt arbeitet.

+

Die Erhöhung der Hilversumer Senderenergie wird auch dem deutschen Hörer zu Gute kommen. Er wird gern Hilversum einschalten, wo der holländische Arbeiter-Radio-Bund (VARA) einen grossen Teil des Programms zusammenstellt. Es ist geplant dort öfters für die deutschen Hörer besondere deutsche Sendungen zu veranstalten.

Besondere Beachtung wird der Hilversumer Sender am 9. Oktober verdienen. Dieser Tag ist zum "Arbeiterfunktag" bestimmt worden. Durch Programm-Austausch zwischen den Sendern verschiedener Länder soll an diesem Tage die Arbeiterschaft über alle Grenzen hinweg zur Solidarität aufrufen können. Die deutschen Sender werden in diesem Jahre nicht mehr beteiligt sein. Aber die Rundfunkwellen tragen die Grösse der Brüderlichkeit ungehindert von Land zu Land. Das kann keine Regierung verbieten, das kann kein Scholz-Regime und keine Nazi-Aetherwacht verhindern.

+

Die Freizügigkeit des Rundfunks könnte ein herrliches Friedensinstrument entstehen lassen. "Nation shall speak Peace until nation" (Eine Nation soll den anderen Friede zurufen). Aber vorläufig ist dieser Satz nur der schöne Wahlspruch des englischen Rundfunks, des ältesten in Europa. Am 14. November wird er sein zehnjähriges Bestehen feiern.

Die Friedenssprache klingt indes nicht immer nur im deutschen Rundfunk leise. In Frankreich hat Paul-Boncour eine Schallplatte mit einer pazifistischen Rede besprochen. Kein einziger französischer Sender hat sich bisher bereit gefunden, diese Rede zu verbreiten, obwohl sie doch der eigene Kriegsminister gesprochen hat! Anscheinend, schreibt eine französische Zeitung, fürchten die Sender den Krieg zu "entehren".

+

Aus Amerika kommt die Nachricht von dem ersten legalen "Schwarzsender". Gemeint ist ein Sender, der dieser Tage im Negerviertel New Yorks errichtet wurde, dessen Personal lediglich aus Schwarzen besteht und der nur den Negern zur Verfügung stehen soll.

+

+

+

Max Wolff +. 69 Jahre alt verstarb in Heidelberg der Direktor der Königstuhl-Sternwarte, Professor Max Wolff.

+

+

+

Postauto überfallen. In der Nähe von Althofen (Kärnten) wurde ein Postauto überfallen. Die Täter erbeuteten 14 000 Schilling.

Karl Strecker begnadigt. Der vom Schwurgericht Potsdam wegen Ver sicherungs-Brandstiftung zu einem Jahr Zuchthaus verurteilte Schriftsteller Karl Strecker wurde aufgrund eines Gnadengesuchs des "Verbandes deutscher Erzähler" und der Spruchinstanz selbst zu einem Jahr Gefängnis begnadigt. In den Gnadengesuchen wurde auf die bis zur Begehung der Straftat makellose Persönlichkeit des Verurteilten hingewiesen.

Geldräuber gefasst! In Schwarzenberg (Erzgebirge) wurden der Händler Emil Endt und sein Bruder Ernst Endt, ein Schuhmacher aus Chemnitz, als Anstifter des Raubüberfalls auf den Lohngeldtransport der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt verhaftet. Die Täter selbst, vier junge Männer, waren bereits am Tag zuvor festgenommen worden. Ein Teil der geraubten Mk. 39 000 konnte beschlagnahmt werden. Die Verbrecher hatten ihre Beute im Walde bei Grünheim vergraben.

Flüchtiger Bankier. Der der Devisenschiebung beschuldigte Berliner Bankier Johann Julius Becker ist geflüchtet. Becker sollte sich am kommenden Mittwoch vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Die Zahlung einer Kaution von 30 000 Mark hatte ihn vor der Untersuchungshaft verschont.

Hotelbrand. Das bekannte "Hotel Harwich" in Hoek van Holland wurde durch Grossfeuer eingeäschert. Der Brand ist durch Unachtsamkeit entstanden.

Tod vorm Termin. Am Montag sollte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Moabit der Hilfsarbeiter Dr. Schade, der die preussische Staatsbibliothek um 1200 Bände um Wert von etwa 60 000 Mark geschädigt hat verantworten. Die Verhandlung fiel aus, da - der Angeklagte unmittelbar vor dem Termin gestorben ist.

Erbschaftskrieg mit Preussen. Die 300 Nachkommen der ehemals mit grossen Gütern gesegneten Familie von Scheidt-Weschpfennig (direkte Nachkommen wohnen heute als schlichte Arbeitsleute in einigen Orten an der Sieg) haben sich zu einer Erbegemeinschaft zusammengeschlossen, um die finanzielle Grundlage für einen Prozess gegen den preussischen Fiskus zu schaffen. Der preussische Staat hat vor 100 und mehr Jahren (bis 1805 geht die Sache zurück) wertvolle Güter der Familie von Scheidt-Weschpfennig an sich gezogen - wie die Nachkommen der Besitzer der Lehnsgüter behaupten: widerrechtlich. Im Jahre 1883 erfolgte die erste Klage auf Herausgabe dieser Güter. Viele Prozesse wurden seitdem geführt, jedoch ohne Erfolg. Nunmehr hat sich die juristische Fakultät einer Universität mit dieser Angelegenheit befasst und in einem Gutachten die Ansprüche der Erbegemeinschaft als begründet anerkannt.

Die Erbegemeinschaft arbeitet auf einen Vergleich hin. Sollten jedoch die Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, dann ist die Erbegemeinschaft fest entschlossen, auf Grund des wissenschaftlichen Gutachtens gegen den Staat Preussen Klage zu erheben.

# Gewerkschaftliche Rundschau

## Bergarbeiter in Not.

### Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes.

SPD. Die Arbeitsnot im Bergbau - schon seit Jahren schlimm genug - hat sich in der jüngsten Zeit von neuem verschlimmert. 300 000 Bergleute suchen vergeblich Arbeit, und die, die noch Arbeit haben, stehen durchwegs in Kurzarbeit. Das Ruhrgebiet hatte in den ersten acht Monaten dieses Jahres nicht weniger als 7,2 Millionen Feierschichten im Bergbau zu verzeichnen. Ganz schlimm hat die Krise den Kalibergbau heimgesucht: von 229 Schächten sind nur noch 40 in Förderung. Im Ruhrgebiet gibt es Zechen, die monatlich bis zu 14 Feierschichten eingolegt haben. Die Barverdienste der Bergarbeiter sind nach amtlichen Feststellungen von rund 100 Millionen Mark im Jahre 1929 auf rund 35 Millionen zurückgegangen. Erschütternd ist die Bergarbeiternot, die auf der dieser Tage in Bochum stattgefundenen Reichskonferenz des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes geschildert worden ist, und begreiflich, nur allzu begreiflich, der scharfe Ton der Konferenz gegenüber dem unsozialen Kurs der Reichsregierung.

Der Regierung Papen - erklärte der Verbandsvorsitzende Husemann - müsse gesagt werden, dass sie den Bogen überspanne, wenn sie der materiellen Schädigung, die die Krise der Arbeiterschaft gebracht habe, nun auch noch die soziale Entrechtung hinzufüge. Das gleiche müsse sich auch die französische Grubenverwaltung im Saargebiet gesagt sein lassen. Die Regierung der Barone erlaube sich bedenkliche wirtschaftspolitische Experimente, und die Gefahr bestehe, dass das Volk eines Tages die Kosten dieser Experimente bezahlen müsse. Die Bergarbeiter befürchteten, dass als Antwort auf die agrarisches Kontingentierungspolitik vom Ausland her ein Druck auf die Arbeitsmöglichkeiten des Bergbaus erfolge, d.h. sie habe durch Verlust von Arbeitsplätzen die Folgen dieser Kontingentierungspolitik zu tragen. Der Bergbau brauche aber nicht Verschärfung des längst schon widersinnig gewordenen Wettbewerbs, sondern internationale Verständigung. Durch eine Verstaatlichung des Bergbaus könne diese Verständigung eine Förderung erfahren. Hoffentlich werde der Anregung des Verbandes auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress in London, die Frage der internationalen Kohlenverständigung auf die Tagesordnung der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz zu setzen, Folge gegeben. Die Kohlenverständigung werde der Prüfstein sein, ob die Völker auf eine weltwirtschaftliche Zusammenarbeit rechnen dürfen, oder ob der heimliche Wirtschaftskrieg aller gegen alle seinen Fortgang nimmt. Eine Lebensfrage für den Bergarbeiter sei die Kürzung der Arbeitszeit. Neben Verkürzung der täglichen Schichtzeit sei Verkürzung der Wochenschichtzeit auf fünf Tage erforderlich. Absolut unbegründet seien die Unterschiede in den Feierschichten. Es lasse sich sehr wohl eine gerechte Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums erreichen.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wurde auf der Konferenz von dem Mitglied des Hauptvorstandes Albert Martmüller einer scharf kritischen Betrachtung unterzogen. Wenn wir uns gegen das Regierungsprogramm wenden - so führte Martmüller aus - dann sind wir nicht gegen das Ziel, sondern nur gegen die Mittel dieses Programms. Die Regierung rechnet mit einer all-

mählichen Besserung der Weltmarktlage. Gewiss sind einige Besserungsanzeichen vorhanden, aber sie sind noch sehr gering und unbestimmt. Trotz grundsätzlicher Gegnerschaft wünschen aber selbstverständlich die Bergarbeiter, dass der erhoffte Konjunkturumschwung einsetzt. Die Gewerkschaften haben kein Interesse am Fortbestehen der Krise und an einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Seit langem fordern sie ja Arbeitsbeschaffung. Aber gerade aus arbeitsmarktpolitischen Gründen sind sie gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung. In der Unternehmerpresse ist den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht worden, sie sabotierten die Durchführung der Notverordnung. Dieser Vorwurf ist sehr durchsichtig. Man will die Regierung gegen die Gewerkschaften mobil machen. Man spricht bereits von einem Streikverbot, und die "Deutsche Bergwerkszeitung" hat den Reichsarbeitsminister bereits aufgefordert, direkt gegen die Gewerkschaften vorzugehen. Es ist aber nicht so leicht, die Gewerkschaften zu beseitigen. Sie werden sich zu wehren wissen. Ihr Widerstand ist ein Kampf um die elementarsten Lebensrechte der Arbeiterschaft und diese Rechte sind durch die Notverordnung der Regierung gefährdet. Den Kampf um diese Rechte zu führen, ist für die Gewerkschaften eine Pflicht, und sie werden den Kampf mit allen erlaubten und möglichen Mitteln führen und sich am allerwenigsten durch Drohungen daran hindern lassen. Der Kampf gegen die unsozialen Massnahmen der Notverordnung muss vom ganzen werktätigen Volk geführt werden. Die Gewerkschaften begrüßen deshalb das Volksbegehren, das die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages gegen die volksfeindliche Sozialpolitik der Regierung beantragt hat. Und darüber hinaus wird selbstverständlich jeder Versuch der Unternehmer, neue Lohnkürzungen durchzuführen, sofort bei der Arbeiterschaft auf unerbittlichen Widerstand stossen.

Die rechtliche Bedeutung der Notverordnung vom 4. und 5. September beleuchtete der juristische Sachbearbeiter des Verbandes, Ludwig Lehmann. Die Notverordnungen des Kabinetts der "feinen Leute" sind - so betonte Lehmann - der erste Schritt zur Rückentwicklung des kollektiven Arbeitsrechts, dessen oberster Grundsatz die aus dem Leben gewonnene These ist, dass das Kollektivrecht den Vorrang besitzen muss vor dem Einzelvertragsrecht. Die Verordnungen bahnen den umgekehrten Weg an. Sie sind nach der Auffassung der Gewerkschaften verfassungs- und rechtswidrig. Die Durchführung des Rechtskampfes muss zeigen, ob wir eine objektive oder nur eine politisch willfährige Zivilgerichtsbarkeit haben. Die gesamte Arbeiterschaft, vor allem auch die unorganisierte, muss sich jetzt darüber klar sein, dass in dem gleichen Mass, in dem der sozialrechtliche Boden zerstört wird, auf dem die sozialpolitischen und lohnpolitischen Erfolge der Nachkriegszeit wuchsen, die Bedeutung der Selbsthilfe wächst. Solche Selbsthilfe ist aber nur möglich durch disziplinierten Zusammenschluss. Die Reaktion zeigt den Arbeitern handgreiflich, wie notwendig die Gewerkschaften sind.

SPD. Die Berliner Möbeltransportarbeiter haben das Tarifmanöver der Unternehmer rasch durchkreuzt. Bei den Schlichtungsverhandlungen, die von amtswegen durchgeführt wurden, haben die Arbeitgeber noch einmal einen Ver-schleppungsversuch unternommen. Sie wollten die Verhandlungen um acht Tage vertagt haben, um dann, wie sie erklärten, eine gründliche Tarifneuregelung herbeizuführen. Die Möbeltransportarbeiter liessen sich aber durch diese Künste nicht in den geplanten neuen Lohnabbau hineintreiben. Sie hatten keine Lust, mit der Neuregelung zu warten, bis das grosse Umziehungsgeschäft vorbei war. Infolgedessen musste sofort ein Schiedsspruch gefällt werden. Der Spruch

sieht vor, dass die bisherigen Lohn- und Manteltarifbestimmungen unverändert bis Ende Februar in Geltung bleiben.

Die Möbeltransportarbeiter werden sofort zu dem Spruch Stellung nehmen, damit rasch klare Verhältnisse geschaffen werden. Der Berliner Bevölkerung sind durch den Lohnabbauversuch der Unternehmer bereits genug Scherereien entstanden. Es ist damit zu rechnen, dass der Streik nunmehr rasch beendet wird. Die Berliner Möbeltransportarbeiter haben durch ihr geschlossenes Auftreten und durch geschickte gewerkschaftliche Führung einen Erfolg erzielt.

SPD. Der Streik des technischen Personals im Scherlverlag ist beendet. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte nicht, wie in einem Teil der Presse behauptet wird, bedingungslos, sondern erst nach der Zusicherung, dass über die Lohn-  
differenzen zwischen den Organisationen verhandelt wird. Alle Streikenden erhielten wieder ihre Arbeitsplätze.

SPD. Im Tarifstreit des Hamburger Verkehrsgewerbes sind die am Montag stattgefundenen Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt nun bei dem Reichsarbeitsminister.

SPD. Der Streik der Hochseefischer ist in vollem Gang. Ueberall haben sich die Besatzungen der Fischdampfer der Streikbewegung angeschlossen. Kein einziger Fischdampfer ist in See gegangen. Wie in Altona und Cuxhaven, so haben auch die Fischdampferbesatzungen in den Unterweserstädten der Streikparole Folge geleistet. Auch in Geestemünde konnten am Sonnabend zwei Fischdampfer nicht auslaufen.

Der Verband der Deutschen Hochseefischereien, die den Tarifvertrag gekündigt haben, rief den Schlichtungsausschuss in Bremerhaven an.

Die durch die Lohnnotverordnung wieder belebten Lohnabbauversuche der Arbeitgeber rufen immer neue Abwehrstreiks hervor. Bei den Bayerischen Spiegelglasfabriken Bechmann-Kupfer A.G. ist die Belegschaft wegen einer auf Grund der Notverordnung erfolgten Lohnkürzung von 12½ Prozent in Streik getreten.

Bei der Zellulose und Papierfabrik A.G. Mainz-Kostheim trat der grösste Teil der Belegschaft in Streik, da ein Schiedsspruch den Lohn bei Kürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden um 5. % kürzen will.

Bei der Grossbuchbinderei Sieke in Leipzig ist die gesamte Belegschaft in Stärke von 200 Köpfen wegen Lohndifferenzen in Streik getreten.

Die Firma Küppersbusch Schlossfabrik in Velbert hat die Streikerklärung der Belegschaft mit sofortigen Kündigungen beantwortet.

Bei dem Industrieverlag und der Druckerei A.G. in Düsseldorf traten die Hilfsarbeiter wegen eines im Schiedsspruch vorgesehenen Lohnabzuges in Streik.-

Immer von neuem erfolgen Tarifkündigungen lediglich zum Zwecke von Lohnsenkung, so z.B. bei der Amberger Flaschenhütte und in der Westdeutschen Hartsteinindustrie.



## Warenmärkte und Wirtschaftsankurbelung.

Rückschläge auf den Rohstoffmärkten - Eisenmärkte und Textilrohstoffe besser.  
"Hoffnungsvolle Unsicherheit" - Der letzte Verbraucher fehlt am Markt

SPD. Die Hoffnungen auf eine allgemeine Wirtschaftsbesserung in der Welt gingen von den grossen Rohstoffmärkten aus, wo sich Mitte Sommer 1932 mit einem Male Preise und teilweise auch Umsätze besserten. Auch das Papensche Wirtschaftsprogramm ist durchweg nach diesen Hoffnungen orientiert. Wenn sich in den letzten Wochen die Zahl der Skeptiker und der Zweifler vermehrt hat und wenn sogar die kapitalistische Presse angesichts kleiner, wirtschaftlich bedeutungsloser Streiks den Gewerkschaften den Vorwurf macht, sie sabotierten das Papensche Programm, so liegen dafür die letzten Gründe ebenfalls auf den grossen Rohstoffmärkten. Die Lage ist hier recht unsicher geworden. An den Metall- und Getreidemarkten kam es vorübergehend zu recht scharfen Rückschlägen, ohne dass an irgendeinem Markt die tiefsten Kurse des Sommers 1932 - das sind die tiefsten Kurse während der Krise überhaupt - wieder erreicht worden wären.

Man fragt nach den Gründen? Die Gründe für die Rückschläge und für die jetzt noch andauernde Unsicherheit mit starken Preisschwankungen sind an allen Märkten die gleichen. Die Aufwärtsbewegung der Rohstoffpreise während des Sommers 1932 war vor allem spekulativ, ausgemachte Meinungssache. Käufer waren überwiegend Spieler, Spekulanten, Zwischenhandelskreise. Die Käufe erfolgten in der Hoffnung, dass der Verbrauch sehr bald eingreifen würde. Diese Hoffnung hat sich bisher kaum an einem Markt in ausreichendem Masse erfüllt. Zwar zeigen sich an den Eisenmärkten und an den Märkten für Textilrohstoffe deutliche Zeichen einer Besserung. Aber die Gründe liegen auch hier vorläufig in der Stimmung und in den Preisen. Der Absatz von Halb- und Fertigwaren dagegen hat sich nirgendwo durchgreifend erweitert. Man kennzeichnet die gegenwärtige Situation in Fachkreisen optimistisch und schlagwortartig, mit "hoffnungsvoller Unsicherheit". Es mag sein, dass die Kurseinbrüche an den Wertpapierbörsen, vor allem an der New-Yorker Börse ungünstig rückwirken. Wir wollen auch zugeben, dass sich weite Spekulantenkreise nach den Erfahrungen in der Zeit vom Juni bis August 1932 den Aufstieg an den Weltwarenmärkten rascher und rückschlagloser vorgestellt haben. Es dürfte auch Tatsache sein, dass die Hoffnungen auf eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage gegenwärtig durchaus nicht verschwunden sind. Wir möchten sogar behaupten, dass sie heute in viel weiteren Kreisen lebendig sind als im Sommer. Aber ausschlaggebend ist der letzte Verbraucher. Der letzte Verbraucher kann nicht kaufen. Wird vor allem nicht kaufen können, wenn man seinen Lohn weiter reduziert. Der letzte Verbraucher, der nicht kaufen kann, verstopft aber die Abzugswege auf den grossen Rohstoffmärkten. Das ist der letzte und entscheidende Grund für die Rückschläge an den Weltwarenmärkten, und dieser Grund wird bestehen bleiben, solange man sich nicht zu einer schöpferischen Politik der Kaufkraftpflege entschliesst.

Das Zauberwort für die Ankurbelung der Wirtschaft heisst: Herauf mit den Löhnen!

Verhältnismässig gut haben sich noch die Textilrohstoffmärkte gehalten, insbesondere der Markt für Wolle. Die Versteigerungsergebnisse während der letzten Wochen haben sich ständig gebessert. Das Geschäft in Rohwolle und an Kammzügen war zeitweilig ziemlich lebhaft. Der Absatz von fertigerzeugnissen profitierte z.T. an der Jahreszeit und einer andern Moderichtung. Die Baumwollmärkte haben unter dem Rückgang an den Wertpapierbörsen gelitten. Allerdings hat die Beilegung des Streiks in England (Textilarbeiterstreik im Bezirk von Lancashire) zeitweilig die Kauflust angeregt. Entscheidend scheint hier aber die Überlegung zu sein, dass die laufende Baumwollernte zwar klein ist, während die Weltbestände an Baumwolle weiter stark auf den Markt drücken müssen. Ausserdem hat das Eingreifen der amerikanischen Regierung in den Markt, das aus Wahrücksichten erfolgte, neue Unsicherheit geschaffen.

Die Getreidemärkte leiden unter der Abschliessung der europäischen Länder, die ja im grossen und ganzen über eine gute Ernte verfügen. Dazu kommt ein starker Verkaufsdruck aus Kanada. Dort ist die Ernte grösser als seit mehreren Jahren. Die Landwirte und der Zwischenhandel haben nach dem Zusammenbruch des kanadischen Weizenpools kaum noch Kraft und Möglichkeit, mit der Ernte wie in früheren Jahren zurückzuhalten. Diese Zusammenhänge haben dazu geführt, dass die Preise für den viel besser verwendbaren kanadischen Weizen heute niedriger sind als die Preise für nordamerikanischen Weizen.

Auf den Metallmärkten hat es zeitweilig grosse Preisschwankungen gegeben. Die Unsicherheit wird hier, besonders am Kupfermarkt, durch verschiedene Zollpläne, vor allem durch die Zollpläne der englischen Regierung, gesteigert. Die Umsätze sind in letzter Zeit, gerade beim Kupfer, sehr klein gewesen.

Auf den Kolonialwarenmärkten interessiert besonders der Kaffee. Die Revolution in Sao Paulo-Brasilien und die Sperrung des Hafens von Santos machen Verladungen des ausschlaggebenden Santoskaffees seit vielen Wochen unmöglich. Die Preise in den Verbrauchergebieten werden deshalb von ausgesprochener Knappheit diktiert. Man wird abwarten müssen, bis Santos wieder anfängt zu arbeiten. Ende September trat auch ein erster Kurssturz ein und zwar in dem Augenblick, als Gerüchte von einem Waffenstillstand in Brasilien auftraten.

Eine gewisse Belebung hat der Gummimarkt dadurch erfahren, dass die Weltbestände merkbar zurückgegangen sind.

-----

SPD. Die Konfusion um die Kontingentierungspolitik der Regierung von Papen wird immer grösser und bedenklicher. Einerseits erklärt die Landwirtschaft, dass sie sich die Kontingentierungspolitik der Papenregierung wesentlich anders vorgestellt habe. In der agrarischen Presse, z.B. in der "Deutschen Tageszeitung" wird in diesem Zusammenhang von Verrat und Landesverrat gesprochen. Des andern muss es die Papenregierung erleben, dass Italien, von dem die sogenannten nationalen Kreise in Deutschland seit längerem als von einer befreundeten Nation sprechen, scharfe Drosselungen und Einschränkungen der deutschen Wareneinfuhr nach Italien ankündigt. Die italienischen Drohungen, aussergewöhnlich in ihrer Art, stehen nicht in direktem Zusammenhang mit der deutschen Kontingentierung. Aber sie sind ohne Zweifel stark davon beeinflusst.

Jedenfalls bekommt die deutsche Kontingentierungskommission, die, unter der Führung eines Ministerialrats vom Reichsernährungsministerium, mit Rundreisebillet Europa durchzieht, durch die italienischen Ankündigungen einen Vorgesmack, in welches Wespennest die Papenregierung mit ihrer Kontingentierung gestochen hat.

Die deutsche Kontingentierungskommission weilt gegenwärtig in Holland und wird sich nach einem Gastspiel in Paris nach Rom begeben. Ihre Arbeit hat sie vorerst in Brüssel erledigt und man muss es dem Ministerialrat Walter, der die Kommission führt, bestätigen, dass sich die Dinge in Brüssel leicht abgewickelt haben. Nach belgischen Meldungen sehen die in Brüssel getroffenen Vereinbarungen über die Kontingentierung so aus: Die Einfuhr von Speck wird um 60 % verringert, die Einfuhr von belgischer Butter um 50 %. Bei Weintrauben und Kartoffeln tritt eine Kontingentierung auf 35 % ein. Bei Kohl, Schnittblumen und Tomaten wird die Einfuhr auf 60 % zurückgesetzt. Voraussetzung ist dabei immer, dass Milderungen, die in Verhandlungen mit andern Ländern zugestanden werden, auch für den deutsch-belgischen Warenverkehr gelten. Das allerdings durch die Kontingentierung arg durchlöchernte Meistbegünstigungsprinzip wird also gewahrt. Belgien gegenüber hat Deutschland eine Einschränkung in der Ausfuhr von Holz, Kartoffeln, Sahne und Milch zugestanden.

Man wird sich wundern, dass die Einigung in Brüssel so schnell erzielt werden konnte. Man darf sich aber nicht einbilden, dass das anderswo, z.B. in Holland und Italien ebenso schnell gehen wird. Das Geheimnis für die schnelle Brüsseler Lösung liegt darin, dass die Ausfuhr belgischer Waren nach Deutschland, die von der Kontingentierung erfasst worden sind, noch nicht einmal 2 Millionen Mark pro Jahr ausmachen. Unter das deutsch-belgische Kontingentierungsabkommen fallen noch nicht einmal 8 % der belgischen Warenausfuhr nach Deutschland. Um ein solches Objekt streitet man selbstverständlich nicht.

Wie es aber anderswo werden wird, lassen die obenerwähnten italienischen Drohungen ahnen. Italien hat angekündigt, dass es in Zukunft nur solche deutschen Waren hereinlassen wird, die aus eingefrorenen deutschen Guthaben in Italien bezahlt werden können. Im übrigen will Italien die Devisenzuteilung für die deutsche Wareneinfuhr auf 25 % runtersetzen. Diese angekündigten italienischen Massnahmen haben mit der deutschen Kontingentierungspolitik nicht unmittelbar zu tun. Schon vor Monaten, im Winter 1931/32, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der italienischen und deutschen Regierung, weil sich die italienische Regierung darüber beschwerte, dass die deutsche Regierung nur ungenügend Devisen für die Einfuhr italienischer Waren nach Deutschland zur Verfügung stelle. Im Frühsommer 1932 wurde dieser Streit durch ein Abkommen beendet, wonach die deutschen Importeure die von Italien bezogenen Waren so bezahlen konnten, dass sie Reichsmark bei italienischen Banken einzahlten. Dieses Abkommen hat die deutsche Regierung vor einigen Tagen zum 1. Oktober gekündigt. Als Antwort darauf will Italien nun nur noch 25 % Devisen für die Einfuhr deutscher Waren zur Verfügung stellen. Es be ruht sich darauf, dass der Satz von 50 %, der allgemein für die deutsche Devisenzuteilung gilt, sich auf die bereits eingeschränkte Einfuhr des Jahres 1931 bezieht und dass diese 50 % in Wirklichkeit nur 25 % der normalen Einfuhr ausmachen. Die Schärfe, mit der Italien seine Repressalien ankündigt, lässt klar erkennen, dass die deutsche Kontingentierung in Italien viel böses Blut gemacht hat. Obwohl Italien bei der Festsetzung der Kontingente nach allgemeinem Urteil - man sprach hier von einer politischen Geste und von Rücksichtnahme gegenüber Italien, das in der Abrüstungsfrage Stunk machen könnte - sehr glimpflich weggekommen ist.

Die Einigung in Brüssel hat, wie wir bereits oben bemerkt haben, die deutschen Agrarier sehr verschnupft, soweit verschnupft, dass man von Verrat redet. Dabei stützen sich die Grossagrarier auf die Rede des Reichsernährungsministers Freiherr von Braun in München, in der dieser mitteilte, dass die Kontingente bereits festgesetzt seien. In grossagrarisches Kreisen dachte man sich den Ablauf der Dinge so, dass den übrigen Ländern durch einen Ministerialrat kurz und bündig mitgeteilt würde, Deutschland habe es für angebracht gehalten, dies und das zu verordnen. Diesen Weg hat die Regierung

Papen nicht eingeschlagen. Sie hat wohl davor gegraut, Porzellan in dem Umfang zu zerschlagen, wie das die Grossagrarien wünschen. Die Agrarien berufen sich aber auf dem Münchener Ausspruch des Reichsernährungsministers.

Nun ist bekannt, dass sich das Reichskabinett nicht geschlossen für die Kontingentierung erwärmt. Zumindesten sind der Finanzminister, der Aussen- und der Wirtschaftsminister Gegner der Kontingentierung, während man von dem Reichskanzler nicht weiss, wie er zuguterletzt darüber denkt. Aber ganz davon abgesehen, sollen die Dinge so liegen, dass der Reichsernährungsminister von Braun in München, wo man damals gerade Oktoberfest feierte, etwas sozusagen als amtliche Verlautbarung von sich gegeben hat, das nicht der Auffassung des Kabinetts entsprach; wenigstens soll seine Münchener Rede dem Kabinett nicht vorgelegen haben.

Wenn dem so ist, dann ist das nur ein weiterer Beweis, wie mangelhaft die Publikationsmethoden der gegenwärtigen Reichsregierung sind.

Wenn dem so ist, dann handelt es sich auch bei dem Vorgehen des Reichsernährungsministers um einen Husarenritt, der an die trübste Zeit unter Wilhelm II. erinnert, von dessen politisch-diplomatischer Linienführung einer seiner wichtigsten Mitarbeiter, der Geheimrat von Holstein, in einem kürzlich veröffentlichten Brief sagte, es gehe alles durcheinander und man glaube nicht, wie dort "geballhornt" wird.

-----

SPD. Ein Berliner Verlag veröffentlicht gegenwärtig Briefe des Geheimrats Fritz von Holstein, der unter Bismarck und Bülow als ausschlaggebender Mann im Auswärtigen Amt ein gut Teil der deutschen Aussenpolitik leitete und auch die Innenpolitik stark beeinflusste. In einem Brief vom Sommer 1902 setzt sich Holstein mit der Zollpolitik Bülows auseinander. Das, was Holstein in jenen Tagen schrieb, klingt so modern, dass es in unsern Tagen geschrieben sein könnte. Es zeigt auch, wie es um die agrarischen Vorwürfe aussieht, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hätten durch ihre Politik die Agrarkrise verschuldet. Fritz von Holstein schreibt u.a.:

"Du fragst, warum Bülow der Landwirtschaft den Rücken kehrt? Das tut er nicht. Mehr als Bülow zu erreichen sucht, ist nicht zu erreichen. Die ostelbischen Landwirte sind eben nicht allein auf der Welt. Da ist erstens mit dem Ausland und zweitens mit den Konsumenten zu rechnen. Wenn der Bülowsche Zolltarif durchginge, würden die Landwirte etwas höhere Zölle haben als zur Bismarckschen Zeit. Wenn sie mehr verlangen, so ist das eben nur ein Beweis ihrer totalen Urteilslosigkeit. Die ganze Gesellschaft der Landwirte lässt sich von den beiden Halbjuden Stirum-Ebers und von Wangenheim leiten. Das die Konservativen jetzt weiter gehen, kommt davon, dass sie jetzt keine Intelligenz unter sich haben wie Wedel-Malchow und Blankenburg es seinerzeit waren. Viel liegt auch an der Verbitterung der Leute, die überschuldet sind".

Holstein war selbst Junker und er kannte seine Pappenheimer. Deshalb klingt alles so modern.

-----

SPD. Mit der Fleischsteuer haben die Nationalsozialisten ganz unterschieden Pech gehabt. Als man sich in Preussen zu einer vorläufigen Einführung dieser Steuer entschliessen musste und zwar unter Druck der Regierung Papen, wurde das in aller Welt weitlich gegen das "rote Preussen" ausgeschlachtet. Dabei wurde natürlich verschwiegen, dass die preussische Regierung das bestimmte Versprechen gegeben hatte, die Fleischsteuer sofort abzuschaffen, sobald die Regierung Papen die Zahlungen an Preussen leistete, zu denen sie nach einem Abkommen mit Preussen verpflichtet war.

Währenddessen haben wir mit der Schlachtsteuer, mit der die Nationalsozialisten ihre Wahlagitation im Frühjahr und Sommer 1932 gemacht haben, merkwürdige Dinge erlebt. Zunächst war es die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung Mecklenburg-Strelitz, die die Schlachtsteuer gegen den Widerstand des Landtages einführen wollte. Der Plan scheiterte damals am Widerstand der Sozialdemokratie. Dann ging die rein nationalsozialistische Regierung in Oldenburg zur Einführung der Schlachtsteuer über, ohne dass auch nur die Spur von einem Zwang vorlag, wie etwa in Preussen. Jetzt kommt das nationalsozialistisch regierte Braunschweig und will Schlachtsteuern einführen. Dagegen haben die Fleischermeister am Sonntag heftig protestiert; sie meinen, unter dem nationalsozialistischen Regime in Braunschweig wären in den Kassen derartige Lücken entstanden, dass man sie durch Schlachtsteuern nicht ausfüllen kann.

---

SPD. Bei der Reichsbank hat sich in der letzten Septemberwoche - der Septemberultimo ist Quartalsultimo, wo sich die Anforderungen an den Reichsbankkredit besonders häufen - der an die Wirtschaft gegebene Kredit stark erhöht und zwar um 479,7 Millionen Mark auf 3634,2 Millionen Mark. Davon sind allein 312,7 Millionen Mark Wechselkredite, deren Summe sich auf 2991,4 Millionen Mark steigerte. Ende August betrug die Zunahme der Kredite 376,9 Millionen Mark auf 3618,2 Millionen Mark und Ende Juni - vorletzter Quartalsultimo - 391,2 Millionen auf 3728,1 Millionen. Von der Steigerung des durch die Reichsbank gewährten Kredits lässt sich leider nicht auf eine Belebung der Wirtschaft schliessen. Es liegen vielmehr Anhaltspunkte dafür vor, dass die Banken vor der Diskontsenkung zurückgehalten haben und sich erst nach der Diskontsenkung mit billigerem Reichsbankgeld eindeckten.

Die Währungsreserve hat sich geringfügig, um 1,4 Millionen Mark, auf 929,2 Millionen Mark erhöht; die Deckung betrug Ende September 24,7 % gegenüber 24,2 % Ende August und 24,1 % Ende Juli.

---

SPD. Am 1. Oktober ist eine allgemeine Erhöhung der Zapfstellenpreise für Benzin und künstliche Treibstoffe um zwei Pfennige in Kraft getreten. Das Treibstoffkartell begründet diese Preiserhöhung mit der Erhöhung des Spritbeimischungszwangs von sechs auf zehn Prozent. Dabei ist festzustellen, dass die neue Preiserhöhung wesentlich über die tatsächliche, für die Treibstoffkonzerne entstandene Mehrbelastung hinausgeht. Die Erdölkonzerne geben diese Mehrbelastung mit 1½ Pfennig pro Liter an. Nach Regierungsberechnungen beläuft sich diese aber in Wirklichkeit nur auf etwa 1 Pfennig. Die Konzerne haben also bei dieser Gelegenheit gleich ein ganz gutes Geschäft gemacht. Da in Deutschland zwei Milliarden Liter Treibstoff im Jahre verbraucht werden, bedeutet dieser Sondergewinn von einem Pfennig, dass anlässlich dieser letzten Preiserhöhung auf das Jahr gerechnet 20 Millionen in die Taschen der Konzerne fließen.

Es ist überhaupt an der Zeit, einmal die Preispolitik auf dem Treibstoffmarkt, die sich unter dem Regime der Papenregierung und des Reichswirtschaftsministers Warmbold vollzieht, etwas näher unter die Lupe zu nehmen. Das neu geschaffene Kartell der Benzingewaltigen ist wesentlich fester gefügt als die früheren Benzinkonventionen. Es umfasst alle Importeure, alle deutschen Produzenten, auch, was das wichtigste ist, der Beitritt der Russen ist gesichert. Damit ist wieder einmal Frieden zwischen den internationalen Erdöltrusts, zwischen Rockefeller und Deterding, der Standard-Oil und dem Shell-trust, zwischen den deutschen Treibstoffproduzenten, dem Farbentrust (J.G. Farben), dem schwerindustriellen Benzolverband und den bisher unbequemen Russen

und Rumänien geschlossen. Das neue Kartell ist nicht nur ein Preiskartell, sondern auch ein Quotenkartell. Der deutsche Markt ist unter die Gruppen nach festen Belieferungsanteilen aufgeteilt.

Mit diesem Friedensschluss hat wieder einmal die Freiwilkkür freie Hand. Man glaubte freilich, in der gegenwärtigen Situation einer schwer da=niederliegenden Gesamtwirtschaft und einer lahmgelegten Verkehrs- und Automobilwirtschaft 150 000 Kraftfahrzeuge sind noch vor Eintritt des Winters bereits wegen der hohen Betriebskosten bei der Steuer abgemeldet, d.h. ausser Betrieb gesetzt - nicht auf einen Schlag eine Preiserhöhung vornehmen zu dürfen. Dafür sind auch keinerlei Gründe gegeben; denn die Weltmarktpreise für Benzin sind kaum angestiegen, die Frachten sogar weiter gefallen. Man versucht aber in etwas weniger sichtbarer Weise unter dem Vorwand der "regionalen Angleichung der Zapfstellenpreise" zu einer Preissteigerung zu gelangen. Zunächst wurden Mitte des vorigen Monats die Benzinpreise in Süddeutschland, Südwestdeutschland und Sachsen "angegli=chen". Dann folgte als zweite Etappe, am 1. Oktober die übermässige Her=aufsetzung anlässlich des erhöhten Beimischungszwanges. In den nächsten Tagen sollen in Berlin und Hamburg die Preise, selbstverständlich nach oben, "angegli=chen" werden. Dann will man nach dem unmittelbar bevorste=henden offiziellen Beitritt der Russen zum Kartell als Schlussakt noch einmal eine allgemeine Preiserhöhung vornehmen.

Das ganze nennt man "Gesundung" des deutschen Marktes. In Wirklichkeit wollen sich wieder einmal die grossen Erdölmächte einschliesslich des Ruhr=bergbaus und des Chemietrusts auf Kosten der Wirtschaft gesund machen. Es ist ja bekannt, dass der Kampf der verschiedensten Gruppen um den deut=schen Markt zu einer riesenhaften unsinnigen und unwirtschaftlichen Aus=dehnung der Verteilungsorganisation und des Vertriebsapparates für Treib=stoff geführt hat. Die Konzerne wollen sich nun auf dem Wege über ein all=mächtiges Kartell für diese volkswirtschaftlichen Fehlinvestitionen schad=los halten und obendrein noch durch die künstliche Preisüberhöhung hohe Profite aus dem deutschen Geschäft einheimsen. Das Reichswirtschaftsmi=nisterium muss dagegen unverzüglich einschreiten und weitere Preisanglei=chungen, d.h. erhebliche Preiserhöhungen verhindern.

Auch diese Vorgänge zeigen mit aller Deutlichkeit, zu welchen Uner=träglichkeiten die Auslieferung eines so wichtigen Wirtschaftsgebiets wie das der Erdöl- und Treibstoffversorgung an die Willkür der internati=onalen und nationalen Trustmächte führt. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben aus dieser unhaltbaren Situation und den schweren Schädigungen, die der Gesamtwirtschaft durch einen unwirtschaft=lich aufgezogenen Apparat und durch die Preisüberhöhung entstehen, die einzig richtige Schlussfolgerung gezogen, indem sie die Ueberführung der Erdölwirtschaft in ein Staatsmonopol fordern.

---

#### Amtliche Kartoffelnotierungen.

---

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,20 - 1,30, Rote Kartoffeln 1,40 bis 1,50, Odenwälder Blaue 1,20 - 1,30, andere Gelnfleischige 1,40 bis 1,50 RM. Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe (siehe heutige Pressenotiz) 9 Rpf., im sonstigen Verkehr 7 bis 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Stärkeres Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 3. Oktober)

SPD. Am Montag herrschte an der Berliner Produktenbörse eine recht lustlose Stimmung. Nach den letzten leichten Preissteigerungen ist das Angebot an Weizen und Roggen wieder stärker geworden. Andererseits hielt sich die Kauflust der Mühlen und des Handels in engsten Grenzen, da das Mehlgeschäft ausserordentlich still liegt und der Export fast völlig fehlt. Beim Roggen fanden wiederum Stützungskäufe statt, sodass der Preis für Lokoware unverändert notiert wurde. Am Zeitmarkte traten Abschwächungen ein, insbesondere bei den Frühjahrssichten. Weizen wurde am Lokomarkt um 2 Mark niedriger notiert und verlor am Markte der Zeitgeschäfte etwa 1 Mark. Das Mehlgeschäft blieb ausserordentlich eingeschränkt und schlappend; die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Einige Umsätze fanden zu letzten Preisen statt. Am Gerstenmarkt blieb es recht still. Lediglich allerfeinste Braugerste wurde gesucht; es fehlte am nötigen Angebot.

	1.10.	3.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	205 - 207	203 - 205
Roggen	158 - 160	158 - 160
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	134 - 139	134 - 139
Weizenmehl	25,50 - 29,00	25,50 - 29,00
Roggenmehl	20,55 - 23,00	20,55 - 23,00
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 215½ (Vortag 215), Dezember 217½ - 217½ (218½), März 221½ plus Brief (222½), Roggen Oktober 166½ - 166 (167), Dezember 168 - 167½ (170), März 171 - 170½ (173), Hafer Oktober bis 142 (-).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 3. Okto.) A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 g 10, über 60 g 9,50, über 53 g 9, über 48 g 8,25, frische Eier über 53 g 8,50 - 8,75, aussortierte kleine und Schmutzeier 6,50. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 8,85, 17er 8,25, 15½ bis 16er 7,75, leichtere 7,25, Estländer 17er 8, 15½ - 16er 7,50, Litauer grosse 7 - 7,50, Rumänen 6,25 - 6,75, Russen normale 6 - 6,25, Polen normale 6 - 6,50, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5,50 - 6. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: Trübe. Tendenz: Deutsche Eier fest, sonst ruhig.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

## Die Sache mit dem Windhund.<sup>x</sup>

SPD. Der Bergmoser in München hat einen prachtvollen, rauhaarigen schottischen Windhund gehabt. Dem hat er den Namen "Packan" gegeben, weil der ganz allein, ohne Jäger, einen Hasen, ja, sogar einen Fuchs fangen konnte. Er hat gar hohe Läufe gehabt und ist deswegen auch gesaut wie ein geölter Blitz, wenn er hinter einem Hasen her war. Aber wie der Bergmoser das letzte Mal auf dem Oktoberfest war, zu dem er natürlich seinen Packan mitgenommen hat - ohne ihn ist er keinen Schritt aus dem Haus gegangen -, da ist er halt doch zu lang in der Bräurosl g'sessen, weil halt das Bier gar so viel gut war, und das Ende vom Lied ist gewesen, dass der Bergmoser auf d' Nacht ohne seinen Packan heimgekommen ist.

Am andern Morgen hat er erst gemerkt, was passiert ist. "O, Wergott= Seitn, no amal! Kruzifix, Kruzifix!" - so hat er in einem Trumm hin geflücht. Aber davon ist der Packan halt nicht wieder hergekommen. Gleich ist der Bergmoser dann zum Mathäser umi, weil er dort seinen Spezl, den Ferdl, immer beim Früschoppen trifft. Das ist ein ganz Gewichster, und der wird schon wissen, was da zu tun sein wird, dass man den Packan wieder herkriegt.

Im Mathäser sitzt auch richtig der Ferdel schon bei der zweiten Mass. "Grüass Di, Bergmoser! Ja, was is denn jetzt Dir über die Leber ganga, dass D' gar a so herschaust wie a verbrennte Wanz'n...?" Und dann hat halt der Bergmoser erzählt, wie er auf der Oktoberwies'n zuviel einigossen hätt, wie er dann halt nimmer so ganz nüchtern gewesen ist und am andern Tag in der Früh gemerkt hätt', dass er seinen Packan nimmer hat.

"Ja", sagt der Ferdl, "nix einfacher wie dös. Da gehst halt jetzt zu der Zeitung und ruckst a Inserat ein, dass der Hund gegen Belohnung bei Dir abzugeben wär'".

"Da kannst scho Recht ham", meint der Bergmoser und tut einen tüchtigen Zug aus dem Masskrug. Dann hat er gleich das Inserat aufgesetzt und ist in die Zeitung gegangen, damit's gleich hineinkommt.

Das Inserat ist erschienen, aber der Packan ist nicht gebracht worden. War halt ein gar schöner Hund, den keiner wieder hat hergeben wollen für so eine windige Belohnung, wie man sie gewöhnlich kriegt, wenn man einen entlaufenen Hund zurückbringt.

Da ist der Bergmoser wieder ins Mathäserbräu gegangen und hat seinem Freund Ferdl erzählt, dass keine Menschenseele nicht gekommen wär', und dass er seinen Packan immer noch nicht hätt'.

"Wer'n mir glei ham!" sagt der Ferdl. "Woast, der Materialismus hat die Leut alle miteinander beim Schlawittich. Muasst halt mit der Wurscht nach der Speckseit'n werfen..."

"Ja, wie nachert?" fragt der Bergmoser und schaut so blöd, wie er nur kam.

"Lass nur mi machen", sagt der Ferdl drauf. Dann hat er sich von der Zenzi Papier und Tinte kommen lassen und hat ein neues Inserat aufgesetzt. Da ist aber drin gestanden: "Mein entlaufener schottischer Windhund geg'h 100 Mark Belohnung abzugeben bei Ferdl Ostmann in der Plinganserstrasse 6".

Am nächsten Tag hat das Inserat in der Zeitung gestanden, grad so, wie's der Ferdl aufg'setzt g'habt hat. Und die Zeitung war noch keine drei Stunden fertig, da klingelt's schon beim Ferdl in der Wohnung, und ein Mann ist draussen gestanden, der einen Hund bei sich gehabt hat, Der Ferdl macht auf, und wie er sieht, dass das der Packan vom Bergmoser ist, hat er den Mann mit

dem Hund schön freundlich eingeladen, er soll doch hereinkommen. "Bitt' schön wenn S' Platz nehmen wollen... Sie müssen mich nur einen Augenblick entschuldigen; ich komm' sofort wieder herein. Machen Sie sich's derweil nur kommod... Nein, net auf den Stuhl! Setzen Sie sich nur aufs Sofa! Bei mir brauchen S' net schenierlich sein..."

Dann ist der Ferdl in die Küche gelaufen und hat seiner Kathi gesagt, sie soll schnell hinüber zum Bergmoser. Gleich müsst er aber rüberkommen; der Paakan wär da. Im nächsten Augenblick war er wieder drin im Zimmer bei dem Mann mit dem Hund.

"Ja, wo haben S' denn den Hund her?"

"Der is mir zug'laufen auf der Oktoberwies'n!"

"So, so. Auf der Oktoberwies'n?"

"Ja, und weil, Sie in die Zeitung gesetzt haben, dass man ihn abgeben soll in der Pflinganserstrasse 6, gegen eine Belohnung von 100 Mark, da hab' ich ihn dann hergebracht..."

"Is scho recht. Dös hat alles seine Richtigkeit. Wer mir meinen Windhund bringt, der kriegt auch 100 Mark. Aber der Hund da, den Sie hergebracht haben, der ist nicht der meinige. Tut mir leid, aber da ham S' halt kein Glück net g'habt..."

Im gleichen Augenblicke klingelt's draussen, und ganz atemlos kommt der Bergmoser herein. Kaum hat er die Zimmertür aufgemacht, da springt der Paakan auf und kann sich gar nicht lassen vor lauter Freud', dass er sein Herrle wieder hat. "Schaun S', Herr", sagt da der Ferdl, "dass dös nicht der meinige Hund ist. Der g'hört dem Herrn Bergmoser. Und wenn er ihnen zug'laufen is, müassen S' ihn ja wieder an den rechtmässigen Besitzer abliefern. Da gibt's koan Radi..."

Jetzt ist natürlich nichts weiter übrig geblieben. Der Bergmoser hat seinen Windhund wieder gehabt, und der Mann der ihn gebracht hat, ist mit 2 Mark Finderlohn zufrieden gewesen, weil er halt das Pech gehabt hat, dass es nicht der Hund vom Ferdl war. Aber recht grantig hat der Mann schon drein g'schaut, wie er mit seinen zwei Mark fortgegangen ist, wo er doch gemeint hat, er tät 100 kriegen. Den Hund vom Ferdl hat er aber gar nicht bringen können, weil der Ferdl in seinem Leben überhaupt keinen gehabt hat.

Wie die zwei Spezln wieder allein sind, sagt der Bergmoser: "Woast, Ferdl, a ganz a durchtriebener Bazi bist scho. Jetzt woas i bloss net, wer der grössere Windhund is: mei Paakan oder Du!"

Fix.

-----  
X  
Verfassungsfeind Hassenpflug.  
-----

SPD. Eine der unerfreulichsten politischen Gestalten des vormärzlichen Deutschland war der kurhessische Minister Hassenpflug. Genau hundert Jahre Jahre ist es jetzt her, seitdem Hassenpflug an die Spitze der Verwaltung jenes durch Bismarck 1866 eingesackten Ländchens berufen und mit der Ausübung des Innern- und Justizministeriums betraut wurde. Der Kurfürst hatte guten Grund zu dieser Berufung. Hatte doch der Assessor Ludwig Hassenpflug sich kurz vorher in einer Streitschrift vernehmen lassen, die soeben vereinbarte kurhessische Verfassung sei "in innerpolitischer Beziehung ein Werk der Revolution und in religiöser Hinsicht ein Werk des Teufels". Eine solche Ansicht empfahl natürlich.

Der neue leitende Minister suchte auch bald das Vertrauen des Kurfürsten auf der ganzen Linie zu rechtfertigen. Er, der in seiner Jugend als Göttinger Student noch die Schriften reaktionärer Politiker eigenhändig unter dem Beifall seiner Gesinnungsfreunde an den öffentlichen Pranger genagelt hatte, war

selber zu einem der allerärgsten Reaktionäre geworden. Indes war auch hier der Apfel nicht weit vom Stamme gefallen. Auch Hassenpflugs Vater war als Kasseler Regierungspräsident, wie die hessischen Bauern in einer Eingabe an ihren Landesfürsten betonten, zu einem "jener bösen Ratgeber geworden, denen der gnädige Herr sein Haus und sein Ohr verschliessen müsse, wenn er in Frieden mit seinem Volke leben wolle."

Noch viel mehr als auf den Vater trafen diese Worte auf den Sohn zu, der sofort einen scharfen Kampf gegen die politische, in den Landständen verkörperte Opposition und gegen die staatliche Verfassung begann. Es war ein wechselseitiges Hin und Her in diesem Kampfe. Spitzfindigkeiten und Rabulisterien gehörten ebenso zu den Waffen des Ministers wie krasseste Gewissenlosigkeit und Brutalität gegenüber politisch Andersdenkenden. Unter schofelstem Missbrauch der staatlichen Gewalt gelang es Hassenpflug, seine Position mehr und mehr zu festigen. Dazu war er ständig bemüht, den aufgetanen Riss zwischen dem Volke und dem Fürsten zu erweitern, sodass er dem Kurfürsten unentbehrlich wurde. Und das war notwendig; empfand doch der Kurfürst zuweilen selbst das Bedürfnis einer Loslösung von dem allmächtigen, dem Lande immer unerträglicher werdenden Minister. Doch das durch Hassenpflug klug herbeigeführte Aufeinanderangewiesensein der beiden Männer hinderte einen solchen Schritt.

Hassenpflug wurde so nicht bloss zum bösen Dämon des Landes, sondern auch des Fürsten, dem zu dienen er vorgab. Seine ärgste Tat war der 1852 herbeigeführte Umsturz der vier Jahre zuvor, 1848, unter dem Druck des Volkes vorübergehend eingeführten liberalen Verfassung. Hassenpflugs Einfluss war damals ausgeschaltet gewesen; jetzt aber glaubte der Ministerpräsident sich wieder stark genug, um zum Rechts- und zum Verfassungsbrecher werden zu können. Gegen diesen Verfassungsumsturz protestierten nicht nur die Landstände; auch die Gerichte und Verwaltungsbehörden lehnten sich offen gegen das herausfordernde Tun des Ministers auf. Das Ministerium verhängte nun den Kriegszustand über das Land, was aber sofort einen scharfen Protest des Militärs auslöste. Schliesslich musste sich der Frankfurter Bundestag mit den hessischen Streitereien beschäftigen; Oesterreich und Preussen gerieten hierbei aneinander, und als 1866 der Kurfürst Friedrich Wilhelm im deutsch-österreichischen Kriege auf die Seite Oesterreichs trat, machte Bismarck der ganzen hessischen Spielerei und Streiterei ein Ende, indem er das Ländchen einfach in die preussische Tasche verschwinden liess. Der Kurfürst, der damals durch einen preussischen General in Kriegsgefangenschaft abgeführt wurde, war der letzte Kurfürst der Welt. Die Kaiser wurden fortan nicht mehr gekürt...

Hassenpflugs Stunde hatte schon früher geschlagen. Der Kurfürst, der bei der ganzen Hetzerei nicht mehr so recht ein und aus wusste, und dem der ewige Streit seines ersten Ministers mit dem Volke mit der Zeit unheimlich geworden war, hatte Hassenpflug über einen neuen reaktionären Unfug stolpern lassen. Hassenpflugs starkes Verschwistertsein mit der reaktionären, verfassungsfrendlichen Geistlichkeit gab den äusseren Anlass dazu. Zwei Episoden sind da geschichtlich überliefert worden. Einst beantragte der Ministerpräsident für einen hohen Geistlichen vier Dienstpferde für Inspektionsreisen. Der über die Geldforderung verdrossene Kurfürst lehnte ab mit der Begründung, dass "unser Heiland nur einen Esel" gehabt hätte. Im zweiten Falle hatte Hassenpflug es fertig gebracht, dass die Geistlichkeit der Diözese Kassel einen Konsistorialrat Vilmar, der als ein bekannter Verteidiger der mittelalterlichen Hexenprozesse galt, und der von sich allen Ernstes behauptete, der ihm böse gesinnte Teufel sei ihm erschienen und habe gegen ihn die Zähne gefletscht (im Jahre 1855!), zum Superintendenten wählte. Der Kurfürst verweigerte jedoch die Bestätigung, und das veranlasste den Minister, seine Entlassung einzureichen. Dergleichen Gesten hatte Hassenpflug, der sich unentbehrlich glaubte, schon mehrfach angewendet; diesmal irrte er sich jedoch; entgegen aller Vermutung erhielt er nun wirklich den Abschied.

Damit war es mit dem verderblichen Einfluss dieses Mannes aus. Spätere

Versuche, wieder zur Macht zu kommen, missglückten. Verdrossen zog Hasselpflug nach Marburg, wo er von der Bevölkerung missachtet und als politischer Bösewicht und Landesschädling verrufen war. Ja, es kam vor, dass, wenn der einstige allmächtige Minister sich auf der Strasse zeigte, aus der Bevölkerung Rufe des Abscheus laut wurden. Das heute noch im Brockhaus festgehaltene Wort "Hasselpflug - Hessenfluch", oder auch "Hass und Fluch gibt schlechtes Tuch", war damals ganz und gäbe.

Der einstmals bei allen reaktionären Romantikern gefeierte Volksfeind, der übrigens mit einer Schwester der beiden Göttinger freiheitlich gesinnten Professoren Jakob und Wilhelm Grimm verheiratet war (Lotte Grimm war freilich schon früh gestorben; sie teilte auch mit ihren Brüdern die scharfe Abneigung gegen ihres Mannes politisches Tun), sah sich so veranlasst, sich ganz in seine Wohnung einzukapseln und Trost im Becher zu suchen. So von allen gemieden, ist er verdorben gestorben. Am 10. Oktober dieses Jahres werden es siebenzig Jahre.

J. Kliche.

---

### Die mazedonische Feme.<sup>x</sup>

---

SPD. In der bulgarischen Hauptstadt Sofia wie in der Provinz krachten in den letzten Wochen die Karabiner, Pistolen, Handgranaten und Höllenmaschinen der mazedonischen Feme wieder recht häufig. Der blutige und schonungslose Krieg zwischen den beiden mazedonischen Fronten, den Anhängern Michailows und denen des vor vier Jahren gemeuchelten Generals Protogerow, geht weiter. Die mazedonische Exekutive arbeitet unermüdlich, ungehindert und unbestraft von den bulgarischen Behörden. Kein Innenminister, kein Polizeichef und kein Gendarm wagt ernstlich etwas gegen das Mordtreiben zu unternehmen. Denn niemand möchte das Schicksal des Bauernführers Stamboliiski und seiner Minister teilen, die ihr Vorgehen gegen die Imro (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation) furchtbar büßen mussten. Jeder fürchtet die mazedonische Feme, der bisher noch niemand zu entgehen vermochte, und die ihre Opfer selbst ins Ausland verfolgte und auch stets erreichte...

Die mazedonische Feme ist so alt wie die Imro selbst, die im Jahre 1893 gegen die türkischen Unterdrücker gegründet wurde. Wehe jedem Mazedonier, der dem Freiheitskampfe passiv gegenüberstand oder es gar mit dem Feinde hielt! Das revolutionäre Gericht kannte keine Milde und nur die Todesstrafe. Durch das Los wurden diejenigen bestimmt, die das Urteil zu vollstrecken hatten. Ihr eigenes Leben war verwirkt, wenn der Mordbefehl nicht in der vorgeschriebenen Frist ausgeführt wurde.

Im Jahre 1902 zählte die aufständische mazedonische Bewegung bereits mehr als 30 000 Kämpfer, meistens Bauern, die vielfach nur die Furcht vor der unerbittlichen Feme unter die schwarzen Fahnen mit der Inschrift "Freiheit oder Tod" getrieben hatte. Sie waren es schon müde, immer wieder fürchten zu müssen, entweder von den Revolutionären als Spione der Türken oder von den Türken als Verbündete der Komitadjis verfolgt und getötet zu werden. Der Bitol-jauer Aufstand im Sommer 1902, der von den Türken niedergeschlagen wurde, versetzte der Imro einen schweren Schlag, von der sie sich lange nicht wieder erholen konnte. In den blutigen Kämpfen fielen mehr als 4 000 Mazedonier. Die aufrührerischen Dörfer wurden niedergebrannt, die nicht geflüchteten Frauen, Kinder und Greise kamen in den Flammen um. Nach diesem furchtbaren Gemetzel zwangen die Grossmächte dem Sultan ein Reformprogramm für Mazedonien auf, das jedoch die Revolutionäre, die volle Autonomie verlangten, nicht befriedigte. Der Kampf der Imro ging weiter, wenn auch mit gedämpftem Trommelklang. Ihre Barden führten einen verzweifeltten Guerillakrieg gegen die tür-

kischen Behörden, die wieder für jeden Gewaltakt blutige Rache an der schutzlosen Bevölkerung nahmen. Nach den Balkankriegen von 1912/13, die die Lösung Mazedoniens von der Türkei und seine Aufteilung zwischen Serbien, Griechenland und Bulgarien brachten, setzte die Imro ihre Verschwörertätigkeit fort. Die neuen Feinde waren die Serben und Griechen, die die bulgarischen Mazedonier nicht weniger schlimm als die Türken traktierten. Nach dem für die Mittelmächte und das mit ihnen verbündete Bulgarien unglücklich verlaufenen Weltkrieg traten auch die mazedonischen Revolutionäre wieder auf den Plan, denen jedoch die serbischen Gendarmen und Gegenbanden bald schwer zu schaffen machten. In den letzten Jahren vermochte kaum noch eine Komitadji-Bande von Bulgarien nach Serbien hinüberzuwechseln. Die serbisch-bulgarische Grenze mit ihren Schützengräben, Wolfsgruben, Drahtverhauen und elektrischen Sperrleitungen gleicht einer Kriegsfront. Was Wunder also, dass die revolutionären Professionals ihre Haupttätigkeit immer mehr in die bulgarische Etappe verlegten!

Zwischen den Führern der revolutionären Banden, den Woiwoden, hat stets ein offener oder versteckter Kampf um die oberste Führung geherrscht. Der sehnstichtigste Wunsch eines jeden Woiwoden war und ist noch heute, einmal dem dreigliedrigen Zentralkomitee der Imro anzugehören, in dessen Händen nicht nur die Führung der Bewegung, sondern auch die Gerichtsbarkeit und andre hohe Ämter vereinigt sind. Dieses Komitee hat unumschränkte Gewalt über Leben und Tod eines jeden Revolutionärs und Mazedoniers. Es bildet einen Staat im Staate, regiert neben dem Sofioter Kabinett und hat seine eigene Administration, Polizei und Steuerbehörden in den bulgarisch-mazedonischen Grenzprovinzen.

So ist es verständlich, dass es häufig zu schweren Kämpfen um die Führerschaft kommt. Die tieferen Gründe für das seit Jahren blutige Wüten der mazedonischen Feme reichen bis 1924 zurück. Als im August 1924 der "ungekrönte König" der Mazedonier, Todor Alexandrow, der die serbischen Behörden in Mazedonien mit seinen verwegenen Banden jahrelang in Schrecken gehalten hatte, und auf dessen Kopf vom Belgrader Innenministerium eine Fangprämie von 500.000 Dinar - bei der ewig notleidenden serbischen Staatskasse übrigens ein hübsches Sümmchen - ausgesetzt worden war, auf bulgarischem Gebiete von unbekannter Bruderhand niedergeknallt wurde, ahnte man sofort, wer der Urheber des Mordes war. Die Rivalität, die innerhalb des Zentralkomitees zwischen dem ehemaligen kleinen Dorfschulmeister Alexandrow und dem General Protogerow seit langem bestand, war in eingeweihten Kreisen nur allzu gut bekannt. Der verhasste Emporkömmling Alexandrow musste "weichen". Um sich vor den Unterführern und der Öffentlichkeit von jedem Verdachte reinzuwaschen, bezichtigte Protogerow eine Reihe Unschuldiger, mit denen das ihm unterstellte Gericht kurzen Prozess machte. In einer Blutnacht wurden gegen achtzig Komitadjis samt ihren Woiwoden abgeschlachtet. Der Mord an Alexandrow hatte scheinbar seine "Sühne" gefunden. Protogerow übernahm nun die führende Stellung Alexandrows im Zentralkomitee, in das auch der junge Jwan Michailow, der Mann der Fememörderin Karnitschewa vom Wiener Burgtheater, als Ersatzmitglied eintrat. Die Unduldsamkeit, die zwischen Protogerow und Alexandrow geherrscht hatte, brach nun zwischen Protogerow und dem ehrgeizigen Michailow aus. Während der General an der Spitze des Komitees stand und seine Geschäfte von Sofia aus leitete, war Michailow der Chef der Komitadjiabteilungen. Nach einigen Jahren war Protogerow aus seiner führenden Stellung verdrängt, und in einer Julinacht 1928 fiel er auf einer Strasse des Sofioter Zentrums unter den Kugeln der von Michailow gedungenen Mörder.

Die Ermordung Protogerows, der immerhin eine starke Anhängerschaft besessen hatte, spaltete das bereits rissige Imro-Lager in zwei Gruppen, die sich seither blutig bekämpfen. Jede der beiden Gruppen hat ihr eigenes Zentralkomitee und behauptet, die einzige und rechtmässige Erbin und Trägerin der

mazedonischen Freiheitsbewegung zu sein. Unermüdlich arbeiten die Femegerichtete der beiden Zentralkomitees; unermüdlich sind die Rollkommandos unterwegs; immer grösser wird die Zahl der Opfer, die entweder niedergeknallt, erdolcht oder am nächsten Baum oder Laternenpfahl aufgehängt werden. Auf der Brust des Toten wird nicht selten ein Schild mit der Inschrift gefunden: "Das ist das Los der Verräter".

Seit der Ermordung Protogerows sind nahezu dreihundert Mazedonier von Bruderhand ermordet worden. Die einen ereilte der Tod auf der Strasse, die anderen in ihrer Wohnung, die dritten in Kaffeehäusern. "Genug des grauenhaften Mordens an den besten Söhnen des Landes!" rufen die bulgarischen Zeitungen. Doch das Gemetzel geht weiter. Der Terrorist Michailow hat im Bruderkämpfe die Oberhand gewonnen. Die Anhänger Protogerows sind zu einem kleinen Häuflein zusammengemordet worden. Dieser Tage fiel der bekannte Journalist Michail Pundew, dessen Bruder, ebenfalls ein Protogerowist, vor zwei Jahren erschossen wurde. Michail Pundew war vom Aussenministerium, um ihn den Rächern Michailows zu entziehen, als Presseattaché zur bulgarischen Gesandtschaft nach Bukarest entsandt worden. Auf Urlaub in Sofia erreichte auch ihn die Feme.

Nach Pundew werden noch voeile Andere aus beiden Lagern fallen. Die Protogerowisten haben erklärt, bis zum letzten Mann zu fallen und nicht nachzugeben, während Michailow fest entschlossen ist, die "inneren Feinde" der mazedonischen revolutionären Organisation, die ihn noch nicht als unumschränkten Gebieter der Bewegung anerkennen wollen, endgültig zu vernichten, damit es endlich "Frieden" gebe und die Imro innerlich gestärkt und geeint zu neuen revolutionären Taten gegen Südslawien und Griechenland schreiten könne...

-1.

X

### Deutschnationaler Humor.

SPD. Wir sind alle wohl für Humor zu haben, denn er hilft uns, unser Dasein leichter zu ertragen. Das weiss auch ein ostpreussisches landwirtschaftliches Blatt, das auch viele kleine Besitzer lesen und dadurch deutschnationaler Einfältigkeit ("Geist" kann man ja nicht sagen!) die Tore öffnen. Hin und wieder veröffentlicht das Blättchen "Lustige Geschichten aus unserer Provinz". Die sind zum Lachen. Was besagt ja auch schon der Titel. Welch kerniger Humor spricht z.B. aus dem folgenden Geschichtchen:

"Gutsbesitzer B. in W. im Samland sitzt mittags am Fenster und sieht seine Gespanne vom Felde kommen. Er schickt das Stubenmädchen, das gerade den Tisch deckt, raus, sie solle den Knecht zu ihm reinschicken; sie kommt zurück mit der Botschaft: "Der Karl lässt sagen, er hätte im Augenblick keine Zeit." B. geht mit beiden Händen in den Taschen ruhig in den Stall, denn übergehörchen geht nichts, tritt vor Karl: "Na, Karl", und dabei rührt er so mit dem rechten Arm, als wolle er die rechte Hand "aus der Scheide" ziehen. Karl seinerseits duckt sich nach rechts, da trifft ihn die blitzschnell gezückte Linke mitten ins Zifferblatt, und schon liegt er am Boden. Alle Knechte sehen grinsend zu und bleiben ruhig. Karl erhebt sich - geheilt. Er wird künftig gehorchen."

Soweit die "lustige" Originalgeschichte.

Da steckt Humor drin, was? Echter, deutschnationaler Humor! Ist es nicht zum Wiehern, wenn man liest, wie Karl "mit der blitzschnell gezückten Linken eins ins Zifferblatt bekam"? ("Zifferblatt" - ist das nicht ein wunderbarer, kerniger deutscher Ausdruck?)

Die "Ostpreussische Zeitung", das Blatt der Junker und sonstigen "auf-

bauwilligen Kräfte" beeilt sich, das "lustige" Geschichtchen unter "Humor" abzdrukken. Dieses Blatt freut sich, dass, wie es sich nachträglich ausdrückt, "ein Landwirt einem Lämmel eine vierzehnkärige Mauschelle verpasste."

Wenn es dieser Sorte von Blättern einmal an solchen "Lustigen Geschichten" mangeln sollte, stellen wir ihnen gern die folgende zur Verfügung:

"Ein origineller Gutsbesitzer wies einer Instmannsfamilie einen Hühnerstall als Wohnung an, da der Stall für seine Hühner, auch nach dem Urteil des Gerichts, zu schlecht war. Wir sehen, der Gutsbesitzer war mit Humor von eoh=tem Schrot und Korn gesegnet. Aber das Gericht muss sich natürlich überall einmischen, als wenn von uns Gutsbesitzern verlangt werden könnte, dass wir unsere Arbeiter besser behandeln sollen als unsere Hühner. Es müsste doch ein Genuss gewesen sein, beobachten zu können, wie die Instmannsfamilie in dem Hühnerstall an Körper und Geist langsam, aber grausam zugrunde gerichtet wür=de."

Das Geschichtchen ist noch humorvoller als das vorher erzählte, nicht wahr? - Nicht? Nun, dann habt ihr eben kein Verständnis für den Humor derer um Papen. Solche "Lustigen Geschichtchen" können wir viele erzählen, und auch sie haben den Vorzug, wahr zu sein.

Niemand kann aus seiner Haut heraus. Deshalb werden jene Leute weiter solche "lustigen" Geschichtchen verzapfen. Wir haben für solche geistige Ar=mut volles Verständnis und wollen gern durch die Wiedergabe so eines "lustigen" Geschichtchens dazu beitragen, dass auch unsere Freunde durchdrungen wer=den von nationalem Geist und der grossen "nationalen Idee".

Leider ist zu befürchten, dass die übergrosse Mehrheit des schaffenden Volkes nicht Zeit hat, sich mit diesem grossen nationalen Geiste bewei=rüchern zu lassen, denn es heisst: Vita humana momentum. Zu deutsch: Des Menschen Leben ist nur ein Augenblick. Und diesen Augenblick müssen wir voll ausnutzen, um unser Dasein und das unserer Kinder, um das Leben aller Prole=tarier menschenwürdiger zu gestalten.

ffm.

-----

SPD. "Es kommt auf was anderes an!"X In seinem Buche "Von Zwanzig bis Dreissig", reizvollen Jugenderinnerungen, plaudert der Dichter Theodor Fontane u.a. über die bescheidene Wohnung, die der Kunsthistoriker Franz Kugler von 1834 an in der Friedrichstrasse in Berlin innehatte. Es waren Mansar=denzimmer. "Da, wo die weit vorspringenden Mansardenfenster ohnehin schon kleine, lauschige Winkel schufen, waren Efeu-wände aufgestellt, die, sich rechtwinklig bis mitten in die Stube schiebend, das grosse Zimmer in drei, vier Teile gliederten, was einen ungemein anheimelnden Eindruck machte". - "So sah es", fährt Fontane fort, "in dem Kuglerschen "Salon" aus, an den ich, wenn ich wegen meiner eigenen mehr als einfachen Wohnräume gelegentlich bespöttelt werde, zurückzudenken häufig Gelegenheit habe. "Was wollt ihr?" frage ich dann wohl. "Ihr müsst mir diesen Zuschnitt schon lassen. Seht, da war mein väter=licher Freund Franz Kugler, der war ein Geheimrat und eine Kunstgrösse und wohn=te womöglich noch primitiver als ich. Und doch, ich habe da die schönsten Stun=den verbracht, schöner als in manchem Schloss. Und nun gar erst als in mancher modernen Stuckbude. Lasst mich also ruhig! Es kommt wirklich auf was anderes an!"

-----

Individuen mögen untergehen; aber die Wahrheit ist ewig.

Gerrald.

-----

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 76.

Berlin, den 3. Oktober 1932.

## Das brutale Kind.<sup>x</sup>

SPD. Wohl in jeder Schulklasse sind Kinder des brutalen Typs zu finden. Sie tyrannisieren in gleicher Weise Lehrer wie Mitschüler. Um sie herum findet sich meistens ein Haufe von Günstlingen, der sich ihren Befehlen widerspruchslos unterordnet. Jeder Mitschüler - aber auch jeder Lehrer -, der vor diesem Kreise nicht bestehen kann und sich irgendwie missliebige macht, wird von diesem Haufen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Ganz besonders unbeliebt sind diesen Tyrannen strebsame Schüler, die den Willen des Lehrers erfüllen. Oft kann die Atmosphäre einer Klasse durch die Gewaltdiktatur dieser Wenigen vollständig vergiftet werden. Nur der Wille dieses einen, der sich zum Herrscher der Klasse gemacht hat, gilt; kommt es ihm darauf an, einen der Mitschüler "klein zu kriegen", so weiss er alle ihm untergebenen Kameraden auf diesen einen Schüler zu hetzen und ihn zur Strecke bringen zu lassen.

Diesen Typus des brutalen, herrschsüchtigen Kindes näher zu betrachten, ihn seelisch zu durchleuchten, ist eine der interessantesten Aufgaben der Psychologie. Zunächst fällt es auf, dass die meisten dieser Kinder ihre Herrscherrolle nur innerhalb eines bestimmten, begrenzten Kreises spielen. Schon der Bereich der nächsten Klasse trotz ihren Machteinflüssen. Noch unverständlich ist es, dass viele dieser kleinen Tyrannen im elterlichen Hause die reinsten Musterknaben sind. Für diese Kinder - gewöhnlich sind es ja Knaben - ist es da ungeheuer schmachvoll und erniedrigend, wenn der Vater des Jungen, der von dem Schreckensregiment seines Sprösslings erfahren hat, in der Schule erscheint und ihm vor aller Öffentlichkeit lächerlich macht. Damit ist die Tyrannenherrschaft dieses Jungen meist völlig gebrochen. Auch der umgekehrte Fall ist zu beobachten. Ein Knabe, still und schüchtern in der Schule, weder auf dem Schulhofe beim Spiel noch im Unterricht eine besondere Rolle spielend, war zu Hause ein wahres Schreckendkind. Nichts schmeckte ihm; die Schuhe waren ihm zu eng; die Strümpfe scheuerten; die andern Geschwister mussten sich ihm beim Spiel unterordnen; die Mutter, die er ganz und gar beherrschte, konnte ihm nichts recht machen.

Die eigentümliche Wurzel dieses Verhaltens wird noch später zu erörtern sein; es wird zunächst klar, dass die kindliche Despotie sehr oft auf einen kleinen Kreis beschränkt und in einem anderen Bereich schon völlig wirkungslos ist. Wir können jedoch einige Fälle beobachten, in denen der despotische Zug des Kindes, meist mit Roheit gepaart, "habituell" geworden ist, sich also als ständig wirksame Charaktereigenschaft des Kindes erweist. Ein derartiges Verhalten kann man bei manchen Kindern schon recht früh beobachten. Wenn ihnen etwas nicht gefällt, ihr Wille z.B. nicht erfüllt wird, dann weinen sie nicht nur, sondern brüllen so lange, bis die Eltern tun, was das Kind verlangt. In besonders krassen Fällen verfügen diese Kinder über ein Vokabularium der unflätigsten Schimpfworte. Sie quälen Tiere, schlagen jedes Kind, das ihnen in den Weg läuft, wagen sich auch oft an stärkere Jungen heran, und es macht ihnen auch nichts aus, wenn sie selbst von diesen blutig geschlagen werden. Auch für Prügel der Eltern, die, wie häufig beobachtet werden konnte, oft sehr hart ausfallen, sind sie recht unempfindlich. Eine seelische Wirkung wird durch die Prügelstrafe nicht erzielt. Ausserdem ist bei ihnen eine ausserordentliche Gefrässigkeit zu beobachten. Sie verschlingen alles Essbare, das sie finden. Zudem sind sie reichlich unsauber. Sie nassen nicht nur, sondern koten auch

des Nachts ein. Da sie in der Schule sehr oft nicht das geringste Interesse zeigen, den Lehrern die frechsten Antworten geben, störrisch und völlig unbrauchbar beim Unterricht sind, hält man sie oft für schwachsinnig. Das sind sie jedoch keineswegs. In zahlreichen Fällen konnte beobachtet werden, dass es sich um eine reine Milieuschädigung handelte. Wurde das Milieu gewechselt, kam das Kind in andere Hände, zu Menschen, die es trotz seiner Fehler liebevoll und nachsichtig behandelten, so änderte sich das Verhalten des Kindes oft sehr schnell. Es wurde sauber, artig, zu jedem Dienste bereit; kurz, es war kaum wiederzuerkennen.

Im Grunde sind diese Kinder recht empfindlich, und nur die Lieblosigkeit ihrer Umgebung bewirkte eine derartige Reaktion bei ihnen. Das Kind konnte sich eben gegen seine lieblose Umgebung, die es vernachlässigte, nicht anders wehren als durch Wut, Roheit, Egoismus. Eltern, die derartige Kinder haben und sich garnicht erklären können, von wem das Kind diese Eigenschaften geerbt haben möge - "an ihnen habe es doch wahrhaftig nicht gelegen" -, werden den Grund in den meisten Fällen in ihrer eigenen Lieblosigkeit suchen müssen. Sie haben es jedenfalls nicht verstanden, an das Kind näher heranzukommen. Dieser Typus des brutalen Kindes darf nicht verwechselt werden mit dem des verzärtelten Kindes, das in seiner Haltung stark an das brutale Kind erinnert. Hat das brutal-egoistische Kind vor allem unter der Lieblosigkeit der Eltern zu leiden gehabt, so liegt umgekehrt die Fehlerquelle für das Verhalten des verzärtelten Kindes in der übergrossen Liebe der Eltern. Masshalten ist eben einer der wichtigsten Grundsätze der Kindererziehung.

Arthur Hennig.

-----  
Fippi und die Kinder.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Die Sensation der stillen Vorortstrasse ist die Zoologische Handlung Kinder, die aus der Schule kommen, verweilen vor den Schaufenstern und verspäten sich zum Mittagessen. Erwachsene hemmen den eiligen Schritt, um den Schlangen und Eidechsen, den Affenpärchen und den schillernden exotischen Vögeln einen Blick zu schenken. Manchmal lässt der Besitzer sogar einen Affen aus dem Käfig, und Fippi - so von den Kindern gerufen - läuft hurtig über die Strasse und klettert am nächsten Baum empor. Eine Kette, die an seinem Beine befestigt ist, verhindert weitere Ausflüge.

Es gefällt Fippi auf den Bäumen. Lustig turnt er dort oben herum, scheint zu stürzen, hält sich irgendwo wieder fest, und manchmal sitzt er wie in Gedanken da und sieht verwundert auf die Menschen herab, bis es ihm einfällt, ihnen eine "lange Nase zu drehen". Diese Geste hat Fippi erst von den Kindern gelernt. Jetzt bedient er sich ihrer leider zu oft, wenn er sich den Menschen verständlich machen will.

Kommt eine Schupostreife durch die stille Strasse und Fippi turnt gerade auf dem Baume, dann bleibt auch die Schupostreife stehen, ohne das Notizbuch zu ziehen, um Fippi wegen "Verursachung einer Ansammlung" aufzuschreiben. Es kommt vor, dass Fippi auch den Beamten eine lange Nase macht, aber sie tun dann, als gäbe es keinen Beamtenbeleidigungsparagraphen, Sie lachen belustigt wie die Kinder und die zivilen Erwachsenen. Das scheint dann Fippi wieder zu ärgern, und auf einmal wird er steif, stumm, hochmütig. "Schert euch weg!" sagen seine Armbewegungen. "Ich möchte allein sein."

Eines Tages sass Fippi ohne Kette auf dem Baume. Aus einem für uns nebensächlichen und auch unerfindlichen Grunde hatte die Kette sich von Fippis Bein gelöst. Ein Zufall, der sich uns erst am Ende der Geschichte als tragischer Zwang des Schicksals enthüllen wird.

Als die Kinder plötzlich entdeckten, dass Fippi ohne Kette auf dem Baume turnte, gerieten sie in eine freudige Spannung. Sie dachten natürlich, dass

Fippi die Gelegenheit benutzen würde, um verbotene Ausflüge in den nahen Stadtpark zu machen, gewissermassen als Ersatz für die verlorenen Urwälder von Sumatra. Aber ganz abgesehen davon, dass Fippi in Pankow zur Welt gekommen war! er befand sich in einer Gemütsverfassung, in der er mit sich und der Welt zufrieden war. Er suchte Flöhe.

"Jetzt! Jetzt!" riefen die Kinder, schon aufgereggt, als Fippi seinen Platz verliess. "Nicht ausrücken lassen!" warnten sie. Aber die meisten freuten sich doch auf die Jagd, die dann einsetzen würde. Sie versuchten jetzt, das Tier aufzuscheuchen. Sie schwangen ihre Mützen, und manche hatten auch Ruten in der Hand. "Hu! Hu! Fippi! Hu! Hu!" drohten sie. Fippi wurde unruhig. Vorsichtig kam er herunter. Er sass jetzt auf dem untersten Aste. Noch einen Sprung, und er war auf der Strasse.

Die Kinder, in Erwartung seiner Flucht, gebärdeten sich jetzt wie eine Schulklasse ohne Lehrer. Alle sprachen aufgereggt durcheinander. Jeder wollte einen besseren Rat wissen. Ein hellblondes Mädchen stand wie eine Amazone Fippi am nächsten. Fippi bekam Angst. Die Menschen benahmen sich anders als sonst. Wollten sie ihn jagen? Totschlagen? Er wollte doch gar nicht ausrücken. Er wollte nur in seinen Käfig zurück, auf die kleine Schaukel. Er hatte gar kein Verlangen nach Abenteuern in der Welt. Wenn ihm der Schöpfer aller Kreaturen so viel Verstand mitgegeben hätte, dass er sich über diese Situation hätte klar werden können, dann hätte er keinen grösseren Wunsch gehabt, als wieder die Kette am Beine zu spüren. Er wollte zufrieden hinter der Glasscheibe sitzen, und die Kinder sollten wieder über ihn lachen, anstatt ihn anzusprechen, ihn zu bedrohen.

Als Fippi den letzten Sprung auf die Strasse wagte, setzte im gleichen Augenblick die Jagd nach ihm ein. Der Geschäftsführer verkaufte leider gerade im hinteren Laden einem Kunden Vogelfutter. So war er über die Vorgänge auf der Strasse nicht unterrichtet. Er war ja nie ruhig, wenn Fippi draussen war.

Jeder wollte nun Fippi fangen. Aber Fippi sprang dem hellblonden Mädchen einfach auf den Kopf und von da einem Jungen auf den Rücken, und die Kinder schrieten vor Aufregung und Angst. Jetzt kam der Ladeninhaber auf die Strasse gestürzt. Doch Fippi, den das Schreien der Kinder selbst in grosse Angst und Aufregung versetzt hatte, lief in komischer Panik davon. An der Ecke geriet er unter die Räder eines Autos, das von einer schönen, sehr angemalten Dame gelenkt wurde. So beruhte Fippis Tod eigentlich nur auf einem Missverständnis. Also starb, sah es aus, als wollte er seinen Verfolgern noch einmal eine lange Nase drehen. So zuckten seine Arme.

Kurt Rudolf Neubert.

-----  
**Unangenehme Jugendherbergsgäste!**  
-----

SPD. Kürzlich übernachtete ich wieder einmal in der gemütlichen Jugendherberge in G. Ich war sogar mit meiner Kindergruppe zwei Nächte dort, da wir einen Rasttag hielten. Als wir an jenem besagten Tage von der Besichtigung des Städtchens "nach Hause" kamen, trafen wir den sonst so freundlichen, stillvergnügten Herbergsvater aufgereggt in der Herbergsküche an. "Schauen Sie mal dahin," wandte sich gleich der Herbergsvater an mich, "sind das nicht Schweine; wie die gehaut haben, und wie die unsre Herberge verliessen?" Ich wusste nicht, von wem der alte Mann sprach, und fragte nach den Uebeltätern. "Da, die eine Gruppe war's, die heute hier geschlafen hat." Nun hatten aber ausser meiner Gruppe noch zwei andre hier genächtigt! eine gemischte Kinderfreunde-gruppe und eine Jungschar christlicher Pfadfinder. Als ich die Möglichkeit erwog, ob es die Kinderfreunde gewesen sein könnten, trieb mir allein schon dieser Gedanke die Schamröte ins Gesicht. Gequält von der Ungewissheit fragte ich ganz nebenbei: "Welche Gruppe war es denn eigentlich; es waren

doch zwei hier?" - "Wer wird's gewesen sein? Die christlichen Pfadfinder natürlich mit dem bigotten Führer!" Ich atmete auf: also nicht unsre Kinderfreunde! - "Ja, ja," fuhr der in der Herbergsarbeit alt gewordene Mann fort, "diese Sorte Leute kennen wir. Die haben trotz ihrer Frömmigkeit überall 's grösste Mundwerk und können sich noch nicht einmal anständig aufführen in eine Jugendherberge. Allerdings sind die Führer meist Schuld daran. Der hier wusste anscheinend gar nichts vom Wanderleben; oder hatte die Gruppe zu viel Geld? Stellen Sie sich einmal vor: gestern Abend verlangten diese Leute von mir Fleischplatten, um einige Pfund Aufschnitt darauf zu legen. Ausserdem brachten sie noch zwei Pfund Butter und einige Pfund Tomaten mit vom Städtchen. Alles zum Brotbelag! Nachher haben die Jungens gefuttert, dass man's beim besten Willen nicht mehr mit "essen" bezeichnen konnte." Der Alte zeigte auf ein von ihm entliehenes Servierbrett: "Sehen Sie, da liegen noch die angebissenen Wurstbrote, die die Kerls nicht mehr runter bringen konnten. Und dabei haben heutzutage Andrer kein trockenes Stück Brot zu essen." Ich musste dem Manne recht geben, umso mehr, als ich an unsre Abendmahlzeit dachte, die meist lediglich aus einer dicken Erbsensuppe bestanden, in der sogar die "Landjäger" fehlten.

Weitere Ausführungen des Herbergsvaters entrissen mich meinem philosophischen Gedankengang: "Und dann machten die Herrschaften um neun Uhr nochmals einen Verdauungsspaziergang, obgleich ich dem Führer erklärt hatte, Schülergruppen hätten um neun Uhr ins Bett zu gehen, weil es durch die Wascherei und Duscherei ohnehin zehn Uhr werde, bis alle liegen. - Die Nacht war ja leidlich ruhig, aber heute Morgen ging ein Krawall los. Die Kerle taten, als wären sie allein in der Herberge. Nach dem Aufstehen waren aber alle auffallend schnell unten im Tagraum verschwunden. Wie ich in ihrem Schlafraum nachsehe, liegen da sämtliche Decken und Leintücher herum. Da habe ich mir natürlich die ganze Jungschar nochmals raufgeholt und ihnen gezeigt, wie man einen Schlafsaal verlässt!" - Der Alte hielt im Reden inne, lief in der Küche hin und her, zum Abwaschtisch, zum Gasherde, zum Geschirrschrank, und sagte dann kopfschüttelnd: "Hier haben sie auch keine guten Erinnerungen zurückgelassen." Dabei zeigte er auf die Kakaopfüte unter dem Gasherde, dann auf einiges unabgewaschene Geschirr und holte zuletzt noch einen zum Kakaoverteilen benutzten Schöpfer in ungereinigtem Zustande hervor.

Zu diesen Ausführungen des Herbergsvaters hätte ich noch einen ausgedehnten Kommentar herausgeben können. Das unterliess ich aber, um den alten Mann nicht noch mehr zu erregen. Ich hätte ihm z.B. sagen können, dass der Führer Morgens zwischen sieben und acht Uhr sämtliche Gasflammen zum Kakaokochen besetzt hatte, sodass kein Einzelwanderer in dieser Zeit kochen konnte und sich dadurch der Aufbruch verschob, falls die Wanderer es nicht vorzogen, wegzugehen, ohne etwas Warmes zu trinken. Ausserdem war die zubereitete Kakaoportion so gross, dass man genau die doppelte Zahl von Kindern damit hätte verköstigen können. Als ich den Führer darauf aufmerksam machte, erklärte er mir stolz: "Die Jungens trinken oft acht Becher voll und noch mehr!" Nach dieser heldenmütigen Erklärung sah ich mich allerdings genötigt, dem Jugendführer eine geistige Ohrfeige zu verabreichen, indem ich ihm erklärte, dass man Kinder auch zum saufen und fressen erziehen könnte!

Als Letztes möchte ich noch anführen, wie unsre Solidarität gegenüber den Pfadfindern von diesen beantwortet wurde: Wir assen schon Abends um sechs Uhr unser aus Pudding und gekochten Pflaumen bestehendes Abendessen. Da wir wegen bei uns nicht aufgestellten Essrekordes - von beidem noch etwas übrig hatten, gaben wir das mit dem Einverständnis des Führers einigen Pfadfinderjungens ab, zusammen mit unsern saubergewaschenen Tellern und Löffeln. Wir, meine kleine Gruppe und ich, hatten keinen Dank dafür erwartet; gewiss nicht. Wir hatten aber auch nicht erwartet, dass diese christlichen Pfadfinder unsre Teller und Löffel - ganz zu schweigen von den leer gegessenen Schüsseln - in schmutzigem Zustand irgendwohin stellen würden, sogar unter Zurücklassung

ihrer Pflaumenkerne!

Von dieser Gruppe und ihrem Führer können alle Jugendbewegungen, vor allem aber alle Jugendherbergsbesucher lernen, was man tun muss, um in einer Deutschen Jugendherberge möglichst rasch unangenehm aufzufallen. Dazu gehört erstens, möglichst viel Lärm zu machen, zweitens, ein ausgesprochen schlechtes Allgemeinbeneden an den Tag zu legen, drittens, sich absolut nicht um die Hausordnung zu kümmern, und zum letzten: die Räume der Jugendherberge und deren Gebrauchsgegenstände in möglichst unordentlichem und verschmutztem Zustande zurückzulassen!

E. Glatzer.

-----  
Närbchen.<sup>x</sup>  
-----

Von R. Akuljschin.

SPD. Alle haben den Sommer über miteinander gespielt, haben häufig miteinander gestritten, gedroht: "ich spiel' mocjt mehr", und einige Minuten später schneiderten sie doch wieder zusammen Kleidchen für die Puppen, bauten ein Zelt auf dem Hofe, gründeten eine Bauernwirtschaft. Die dicke, rundbäckige Werka wird "Närbchen" genannt, denn ihr Gesicht ist durchfurcht von grossen Blätternarben. Sie hat ein gutmütiges Lächeln und ist von allen die geselligste. Gelegentlich eines Festtages erfahren die kleinen Mädchen, dass man sich in der Schule für den Unterricht eintragen kann. Sie huschen auseinander, waschen sich daheim, finden sich fein säuberlich gekämmt und gebürstet wieder zusammen und lenken gemeinsam ihre Schritte nach der Schule. In Stirnreihe schreiten sie daher mitten auf dem Fahrwege, mit der Miene Erwachsener. Wohl sind sie alle frohgemut, aber sie tragen geflissentlich Ernst und Wichtigkeit zur Schau, verspüren auch Lust, mit den Nacktfüsschen den Strassenstaub hochzuwirbeln. Doch tapfer widerstehen sie der Versuchung. Der Lehrerin vertrauen sie ihre Namen an, das Alter der Eltern. Auf dem Heimwege überlassen sie sich wieder ungehemmt ihrem kindlichen Frohsinn. "Nun sind wir eingetragen", verkünden sie mit Genugtuung sämtlichen kleinen Mädchen, die ihnen begegnen.

Der Sommer ist vorüber.

"Morgen geht's zur Schule". - "Neun heisst's früh aus dem Bett". - "Wir gehen alle zusammen"; so verabreden sie sich am Vorabend des ersten Schultages

Am Morgen geht ein feiner Regen nieder. Närbchen besitzt weder ein schützendes Gewand noch Schuhe. Die andern Kleinen hüllen sich in grosse Umschlagetücher. Sie schleichen längs der Zäune hin; das schützt einigermaßen gegen das Ungestüm des Windes. Närbchen öffnet das Fenster. Wehmütig blickt sie den enteilenden Gefährtinnen nach. Da ruft die Mutter: "Mach das Fenster zu!", und Närbchen kriecht auf den Ofen. Ob, wie sehnt sie sich danach, dass morgen der Regen aufhöre, dass die Sonne wieder scheine, dass sie barfuss, wie sie ist, zur Schule laufen könnte!

Der Abend kommt und mit ihm die kleinen Freundinnen. Sie sagen Närbchen alles wieder, was die Lehrerin zu ihnen gesprochen hat. "Sie hat uns auch befohlen, zehn Hölzchen zu schnitzen. Und sie hat nach Dir gefragt."

"Morgen früh kommen wir wieder, um Dich abzuholen."

Am Abend rupft Närbchen, ehe sie sich niederlegt, drei Reiser aus dem Besen. Daraus schnitzt sie neun schöne Stäbchen. Das zehnte muss sie noch einmal aus dem Besen rupfen, und sie schneidet das überflüssige Ende ab.

Auch am nächsten Morgen tröpfelt der Regen. Die Freundinnen lugen durch die Fensterscheiben. Auf dem Fensterbrette sitzt Närbchen. Aber die Mutter öffnet nicht. Sie winkt nur mit der Hand ab: "Werka geht nicht mit."

So wiederholt sich's Tag für Tag. Auf Regen folgt Frost. Fast täglich kommen die Kleinen gegen Abend zu Närbchen. Sie kosten es aus, sich ihrer Schulweisheit zu rühmen, zu berichten, wie viele neue Buchstaben sie erlernt.

haben, welche Ziffern sie schon zu schreiben verstehen. Die Schüchternheit und Hoffnungslosigkeit ihrer kleinen Freundin wird ihrer Ruhmsucht zum vermehrten Ansporn.

"Die Lehrerin hat versprochen, uns morgen eine schöne Geschichte vorzulesen."

"Wenn Du innerhalb zweier Tage nicht da bist, wirst Du aus der Liste gestrichen."

Die kleinen Mädchen denken längst, Nürbchen habe sich die Schule aus dem Kopfe geschlagen. Schon längst haben sie es aufgegeben, sie abholen zu kommen. Eines schönen Tages, als in der Schule die Kinder in den Bänken sitzen, geht auf einmal die Tür auf. Barfüßig steht Nürbchen in der Klasse.

"Marja Wassiljewna, Nürbchen ist gekommen".

"Wir haben schon zehn Buchstaben gelernt, und da kommt sie erst mit den Stäbchen an."

"Wozu sie sich überhaupt angemeldet hat!"

Die Lehrerin tritt vor Nürbchen hin: "Für dieses Jahr ist's nun zu spät. Wir kennen schon viele Buchstaben. Du kannst uns nicht mehr einholen. Magst Dich für den nächsten Jahrgang eintragen."

Die Stäbchen entfallen Nürbchens Händen. Die Rechte der Lehrerin fährt liebkosend über den Scheitel des Kindes: "Geh nun, geh... Stör' uns nicht!"

Nürbchens Tränen fallen nicht auf den Boden; sie gerinnen in den zahlreichen Grübchen des narbenübersäten Gesichtchens. Schweigend geht sie heim, ohne ihre Stäbchen. Hinter dem Dorfe fliegen die Dohlen auf und davon in die Steppe. Nürbchen schaut ihnen nach: sie weint. Zum erstenmale geht es ihr auf dass mit "Anmelden" noch nichts geschafft ist. Und sie grübelt darüber nach, was daraus werden soll, wenn die Freundinnen sie nicht mehr teilnehmen lassen an den gemeinsamen Spielen. Sie schreitet dahin, ohne auf den Weg vor sich zu achten, und stolpert über einen Maulwurfshügel....

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg.)

-----

SPD. Missglückte Belehrung.<sup>X</sup> Ein netter alter Herr stand im Park an einem Strauch. Ein kleiner Junge kam, um zu sehen, was es da zu sehen gab. "Nach was gucken Sie denn da?" fragte er treuherzig.

"Siehst du dieses Spinnengewebe?"

"Ja."

"Ist es nicht grossartig gemacht?"

"Wieso?"

"Na, es ist so fein gearbeitet. Kein Mensch könnte ein solches Netzspinnen."

"Hm," sagte der Junge. "Sehen Sie meinen Pullover? Ist er nicht grossartig? Keine Spinne könnte einen solchen Pullover spinnen."

-----

SPD. Moderne Erziehung.<sup>X</sup> Fritz tat prinzipiell immer das Gegenteil von dem, was ihm aufgetragen wurde. Neulich hatte er neue Schuhe an und lief damit im dicksten Schlamm herum. "Fritz", sagte der Vater; "sofort kommst du auf den Fussweg!" Fritz stapfte weiter durch den Schlamm. "Lass mich mal machen", sagte die Mutter zum Vater. "Fritz!" rief sie dann. "Du sollst mit deinen neuen Schuhen nicht auf dem harten Pflaster herumlaufen! Such dir mal hübschen weichen Schlamm aus, damit die Sohlen geschont werden! - Und nun, Mann, pass mal auf, was er jetzt macht!"

-----

haben, welche Ziffern sie schon zu schreiben verstehen. Die Schüchternheit und Hoffnungslosigkeit ihrer kleinen Freundin wird ihrer Ruhmsucht zum vermehrten Ansporn.

"Die Lehrerin hat versprochen, uns morgen eine schöne Geschichte vorzulesen."

"Wenn Du innerhalb zweier Tage nicht da bist, wirst Du aus der Liste gestrichen."

Die kleinen Mädchen denken längst, Njrbchen habe sich die Schule aus dem Kopfe geschlagen. Schon längst haben sie es aufgegeben, sie abholen zu kommen.

Eines schönen Tages, als in der Schule die Kinder in den Bänken sitzen, geht auf einmal die Tür auf. Barfüssig steht Njrbchen in der Klasse.

"Marja Wassiljewna, Njrbchen ist gekommen".

"Wir haben schon zehn Buchstaben gelernt, und da kommt sie erst mit den Stäbchen an."

"Wozu sie sich überhaupt angemeldet hat!"

Die Lehrerin tritt vor Njrbchen hin: "Für dieses Jahr ist's nun zu spät. Wir kennen schon viele Buchstaben. Du kannst uns nicht mehr einholen. Magst Dich für den nächsten Jahrgang eintragen."

Die Stäbchen entfallen Njrbchens Händen. Die Rechte der Lehrerin fährt liebkosend über den Scheitel des Kindes: "Geh nun, geh... Stör' uns nicht!"

Njrbchens Tränen fallen nicht auf den Boden; sie gerinnen in den zahlreichen Grübchen des narbenübersäten Gesichtchens. Schweigend geht sie heim, ohne ihre Stäbchen. Hinter dem Dorfe fliegen die Dohlen auf und davon in die Steppe. Njrbchen schaut ihnen nach: sie weint. Zum erstenmale geht es ihr auf dass mit "Anmelden" noch nichts geschafft ist. Und sie grübelt darüber nach, was daraus werden soll, wenn die Freundinnen sie nicht mehr teilnehmen lassen an den gemeinsamen Spielen. Sie schreitet dahin, ohne auf den Weg vor sich zu achten, und stolpert über einen Maulwurfshügel....

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg.)

-----  
SPD. Missglückte Belehrung.<sup>X</sup> Ein netter alter Herr stand im Park an einem Strauch. Ein kleiner Junge kam, um zu sehen, was es da zu sehen gab. "Nach was gucken Sie denn da?" fragte er treuherzig.

"Siehst du dieses Spinnengewebe?"

"Ja."

"Ist es nicht grossartig gemacht?"

"Wieso?"

"Na, es ist so fein gearbeitet. Kein Mensch könnte ein solches Netz spinnen."

"Hm," sagte der Junge. "Sehen Sie meinen Pullover? Ist er nicht grossartig? Keine Spinne könnte einen solchen Pullover spinnen."

-----  
SPD. Moderne Erziehung.<sup>X</sup> Fritz tat prinzipiell immer das Gegenteil von dem, was ihm aufgetragen wurde. Neulich hatte er neue Schuhe an und lief damit im dicksten Schlamm herum. "Fritz", sagte der Vater, "sofort kommst du auf den Fussweg!" Fritz stapfte weiter durch den Schlamm. "Lass mich mal machen", sagte die Mutter zum Vater. "Fritz!" rief sie dann. "Du sollst mit deinen neuen Schuhen nicht auf dem harten Pflaster herumlaufen! Such dir mal hübschen weichen Schlamm aus, damit die Sohlen geschont werden! - Und nun, Mann, pass mal auf, was er jetzt macht!"

wurde er durch die glänzende Erscheinung an seiner Seite ganz und gar befangen. Es kam wie es kommen musste. Als der glacierte Edelfasan Carignan aufgetragen wurde, fiel dem jungen Mann, als er sich sein Teil von der Platte nehmen wollte, ein mächtiges Stück des edlen Geflügels aus dreissig Centimeter Höhe - plumps! - auf den Teller, dass die Sauce parisienne hoch aufspritzte. Nun zeigte aber die junge Dame zur Rechten durchaus kein Verständnis dafür, dass die grossen braunen Tupfen, die urplötzlich auf ihrem Arasinvelvet erschienen waren, sich recht gut zur Farbe ihres Kleides machten. Sie sprang, kalkweis geworden, auf, verabreichte ihrem Nachbar eine klatschende Ohrfeige und rannte davon, zum Geschäftsführer. Dieser bat den jungen Mann eine Viertelstunde später zu sich und forderte ihn auf, das Haus zu verlassen, da eine gewisse junge Dame gedroht habe, auszuziehen, wenn ein gewisser Herr noch länger im Hotel anwesend sei, der die Gewohnheit habe, während der Mahlzeiten mit Fleischstücken zu jonglieren, diese Kunst aber anscheinend noch nicht in allen ihren Feinheiten beherrsche. Der junge Mann stellte sich jedoch auf die Hinterfüsse. Er habe nicht nötig, sich hinauswerfen zu lassen, und jetzt bleibe er gerade. Der Geschäftsführer beschwor ihn schliesslich, nachzugeben. Wenn die Dame sein Haus verliess, so war der Verlust garnicht auszurechnen, denn die drei Fürstenzimmer, die sonst das ganze Jahr über leer standen, kosteten 450 Franken den Tag, und ihre Bewohnerin hatte die Absicht geäussert, etwa vier Wochen lang zu bleiben. Der Geschäftsführer bot dem jungen Mann 500 Franken, wenn er ginge. Bei viertausend wurden sie handelseinig. Aber das erschien immer noch als ein gutes Geschäft für das Hotel.

Der Herr zog aus.

Leider war auch die "Comtesse de Langtry" am nächsten Morgen spurlos verschwunden. In der Eile hatte sie sogar vergessen, ihre Zimmerrechnung zu bezahlen. Der Erfolg des raffinierten Tricks des Schwindlerpaares war schon ein beschmutztes Kleid und eine Ohrfeige wert gewesen.

-----  
X  
SPD. Blond oder Braun? Dass die Frage "Blond oder Braun?" nicht allein eine Frage des Geschmacks, sondern auch eine eugenische Angelegenheit sein kann, zeigte ein interessanter Vortrag des Berliner Anthropologen Professor Friedental auf der diesjährigen Naturforschertagung in Mainz. Allerdings kommt hier nur der extreme Grad von Blondheit in Betracht, der sich bis zum sogenannten Albinismus, d.h. dem fast völligen Fehlen von Pigment in Haut und Augen, steigern kann. Bei den Haustieren wie auch beim Menschen findet sich extreme Blondheit im allgemeinen mit schwächlichem Körperbau und Anfälligkeit gepaart, sodass der Albinismus vom eugenischen Standpunkt aus eine Minus-Variante darstellt. Herde von gehäuften Albinismus beim Menschen treten in Norwegen auf, dem Hauptsitz der hellen Menschen, und merkwürdigerweise auch in Afrika an der Sklavenküste, dem Sitz der dunkelsten Menschen. Im Gegensatz zu allen Tieren sind beim Menschen die hellfarbigem Individuen vor den dunkelfarbigem bevorzugt, und zwar wegen der Schönheit und Mannigfaltigkeit der Färbung, wegen des Sichtbarwerdens ihres Errötens und Erblässens und wegen ihrer Geruchlosigkeit und länger anhaltenden Jugendlichkeit. Aus alledem ergeben sich wichtige Forderungen für die eugenische Eheberatung. Blondinen sollten demnach nur von Männern bevorzugt werden, die nicht selber dem Typus des Albinos nahekommen.

-----  
Das Wahre ist eine Fackel, aber eine ungeheure; deswegen suchen wir alle nur blinzelnd daran vorbei zu kommen, in Furcht sogar, uns zu verbrennen.

-----  
Goethe.